

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **9 (1980)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

das Konzept

bücher service Seite 6

Erscheint monatlich Auflage 32 000
Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30
D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel
Tel. (061) 22 41 41
Postfach 1351, CH-3001 Bern
Tel. (031) 25 88 05
Inserate: Inserateverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0)1 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 20.- (Ausl. 26.-), PC-Konto 80-37626

In Zürich kämpft die Jugend wieder für ein autonomes Jugendhaus

Szenen aus der Zürcher Jugendoper

Notiert von der Redaktion «das Konzept»

Am Freitagabend ging's los. Mit Tränen gegen den «tiefstehenden Unmut der Zürcher Jugend». Umgekehrt auch: mit Eiern und Pfastersteinen gegen offiziell verordnete Gummigeschosse und die

Die Diskussion um die Zürcher Ereignisse geht weiter auf den Seiten 13 und 14.

ewige Weihnacht in den Schaufenstern. «Die durch unsere Lebensbedingungen erzeugten Aggressionen sind unberechenbar und kommen in bestimmten Situationen zum Ausbruch. Ein solcher Ausbruch ist nicht organisierbar.» Die Verteidigung dagegen auch nicht – dachte sich offenbar jener Polizist, der sich sicherheitshalber gleich nach dem ersten Einsatz vom Freitag krank meldete. (Obwohl bis anhin nicht herzleidend.)

*Zitate aus der Pressemitteilung des ARF (Aktionskomitee Rote Fabrik)

Wasser allein nützt nichts, stellt die Zürcher Polizei nach diversen Life-Versuchen lakonisch fest. Deshalb hat sie, findig wie sie ist, ihre Spritzwagen umgerü-



stet und kann jetzt mit einem Wasser-Tränengas-Gemisch auf die Demonstrationen losgehen. So wirkt das Gift auch auf die Haut: es ätzt und brennt. Auf der Hornhaut ist es noch viel schlimmer. Die Folgen von Tränengaseinsätzen werden zwar bei uns kaum untersucht. (In einer französischen Dissertation konnte kürzlich nachgewiesen werden, dass allein in Frankreich in den letzten 12 Jahren 35 Personen an Tränengas erblindet sind.) Was «man» aber weiss: Die Zürcher Polizei hat Chloracetophenon (CN) versprüht. Alle Tränengase der Gruppe chlorierte Kohlenwasserstoffe (CN gehört dazu) sind krebserzeugend...

Am Strassenrand der «80er»-Demo stehen «alte 68er». Der Lange mit der kleinen Brille meint: «Jetzt sollte man mit dem Töff die Bahnhofstrasse rauf und runter ein paar Scheiben bei den Banken einschlagen; mal sehen, was die Schmier dann macht...» Der Dicke nimmt zur Antwort die Pfeife aus dem Mund: «Das sollen die Spontis selber machen, die können von so etwas politisch doch nicht profitieren!»

Wie aus noch unbekanntem Quellen zu erfahren war, sehen sich die städtischen

Verkehrsbetriebe von Zürich, die VBZ, einem gerichtlichen Verfahren wegen «Aufrufs zur öffentlichen Zusammenrottung zwecks Begehung von Gewalttätigkeiten (auch Landfriedensbruch genannt)» gegenüber. Die VBZ waren es nämlich, die am Freitagabend kurz nach 23 Uhr statt des unverfänglichen «Leitstelle: Zeitanzeige...» stadtweit die Meldung verbreiteten, das Bellevue sei gesperrt. Damit wurden potentielle Interessenten geradezu auf die Demonstrationen aufmerksam gemacht. Wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind jedoch noch offen und hängen nicht zuletzt von gewissen Revisionen des schweizerischen Strafrechts (Stichwort: «Terroristengesetze») ab.

Opernhausdirektor Drese hatte für sein bekleckertes Opernpublikum gleich einen dramatisch wirksamen Zweizeiler bereit: «Wenn die alternative Kultur so auftritt, dann ist sie für uns keine Alternative.» Dem entgegenetzte das Neumarkt-Ensemble in ebenso schlagfertiger Prosa: «... als ob es darum ginge, Herrn Drese eine Alternative zu bieten.»

Vor drei Jahren stimmte das Zürcher Volk für ein Kultur- und Freizeitzentrum in der stillgelegten Roten Fabrik. Heute belegt das Opernhaus 3000 m² (30 Prozent) der Nutzungsfläche und hat grundsätzlich auch das Mietrecht auf die grosse Aktionshalle. Wenn diese nicht gerade von der Präsidialabteilung anderweitig an den Kulturkommerz vergeben wird. Daneben beheimatet die Rote Fabrik vorübergehend auch Gewerbetreibende (15 Prozent der Nutzungsfläche): einen Kunstliebhaber, der so viele Gemälde besitzt, dass er sie nicht alle in eigenen Keller unterbringen kann, einen Kleider-Einkäufer und – einen Pneuhandlender. Nun ja, über die Bedeutung des Rades für die Kultur ist schon genug geschrieben worden.

Der Zürcher Jugendoper aus Auflagegründen nicht ganz abgeneigt, musste der «Blick» nach schon feste draufbauen, wenn man ihm die Entrüstung des Staatsbürgers (ebenfalls aufgeföhrender!) nicht abnehmen sollte. Luchsinger, Chef vom «Sonntagsblick», probiert's im 1.-August-Stil: «Intoleranz und Gewalt – damit bedienen sich die Demonstrationen genau jener Mittel, die den



Zürcher Kulturpolitik. Photo Klaus Rosta

| | |
|--|---------|
| Peggy Parnass über Vergewaltigung: Der Angriff auf die Seele | Seite 3 |
| Diskussion: Der Kuba-Sozialismus | Seite 4 |
| Bildergeschichte aus der Wirtschaft: Woran erkennt man Kapitalisten? | Seite 5 |
| WK nach Dienstreglement 80 «Überhaupt weht ein rauherer Wind» | Seite 7 |
| Droht eine neue Wohnungsnot? Die Unwirtlichkeit der Städte | Seite 9 |

Schweizer auf die Barrikaden treiben.» Gewaltlos selbstverständlich – wenn überhaupt. Vielleicht hat Luchsich doch nur Balustraden gemeint.

Ist's diesmal der Konsum, der seine Kinder frisst? Kaum hatte die Jugend mit Steinwürfen gegen die allzu geschäftstüchtige «Jugendkultur» protestiert, drapierten die Schaufensterdekorateure der getroffenen Läden Glasscherben und Geschosse zu einem hübschen Fenster. Nun präsentieren sich die besonders teuren Anti-Bünzli-Klamotten an einem Ort rund um Hängematte und Nichtstun («Nur weg von allem»), und gleich im Laden nebenan suggerieren die sorgfältig hingelagerten Scherben: «Hi folks, wir sind dabei.» Verkauft sich offenbar beides bestens.

Informationsmeeting der Jugendlichen «am Dienstag danach» auf dem Hirschenplatz in Zürich. Eine ältere Frau spricht durchs Megaphon: «Ich war schon immer für die – wie sagt man – Linken, die haben, wie soll ich sagen, oft neue Ideen gehabt. Aber ich habe eine Sorge: Bitte schlagt nicht die Scheiben meines Ladens ein. Es ist gleich der erste um die Ecke. Danke.»

Die Bürgerlichen und die Bieder-Braven waren nicht die einzigen, in deren Köpfen die Jugendwut Verwirrung stiftete. In die Galerie der Verunsicherten reihten sich auch manche Politstrategen der Leninschen oder Trotzischen Erblinie ein. Am ersten Krawallsonntag wurde ein Linksparteien-Redner ausgepiffen, welcher sein Votum mit einem forschenden «Genossen!» einleitete. Die falsche Platte aufgelegt hatte auch jene Politgruppe, welche aus ihrem Lautsprecherwagen heraus die Demonstrationen vor dem U-Haft-Gebäude mit Brechts «Arbeiterinnenfront» anfeuern wollte. Sie hätte wohl besser den Punk-Scherben «No Feelings» aufgelegt. An der Versammlung im Volkshaus vom 4. Juni wurde von einem Reisenden in Sachen CH-Revolution die «Einheit der werktätigen Bevölkerung gegen die Fabrikherren» beschworen. Er musste soviel Buhstinsticken, dass er seinen Einheitsfaden verlor. Überhaupt: Wer darf laut reden? – Als am Krawallsonntag (1. Juni) ein Megaphon zur Verständigung über das weitere Vorgehen fehlte, knüpften zwei Linksparteien die Herausgabe ihrer «Laut-

Die Aktion: Sie haben die Wahl!



Photomontage: Johannes Marx

sprecher» an die Bedingung, im Namen ihrer Organisation reden zu können! Ein Megaphon war schliesslich doch zur Hand – ausgeliehen von der Polizei.

Mittwoch, 5. Juni, im Zürcher Volkshaus. Stapi Widmer gibt sich väterlich besorgt. (Schon in der Wochenend-Tagestschau gab er bekannt, dass gute Väter auch ihre ungeratenen Kinder lieben.) Diesmal ging's um das leibliche Wohl der Jugendlichen. Er könne ihnen das Haus an der Limmatstrasse 18/20 (das die Jungen als Rote-Fabrik-Ersatz «ab sofort» forderten) unmöglich im jetzigen baulichen Zustand zumuten*. «Es könnte ja sein, dass einer aufs Glasdach steigt und dann 4 Meter abstürzt. Das kann ich nicht verantworten.» Schon gar nicht zusätzlich zum Polizeieinsatz mit Tränengas und Gummigeschossen.

* Die mit Nachdruck vertretenen Forderungen der Jugend haben dem Stadtrat offenbar Beine gemacht. An der diesmal vorwiegend gewaltlosen Demo vom zweiten Wochenende (6./8. Juni) wurde «die Limmatstrasse ab 23. Juni versprochen (und erst noch die Rote Fabrik über das ganze Wochenende für Diskussionen, Konzerte... zur Verfügung gestellt). Ob ein autonomes Jugendzentrum tatsächlich in Griffnähe liegt?

Auch Väter können kindisch sein. Sigi jedenfalls ist aus dem Petzalter noch nicht heraus. Wie sonst käme es dazu, dass Erziehungsdirektor A. Gilgen so prompt vom Krawall-Dokumentationsfilm, den eine Gruppe von Ethnologiestudenten im Volkshaus zeigte, Kenntnis nahm? (Was bei ihm soviel heisst wie unbegründetes Vorführungsverbot.) Ethnologieprofessor Löffler plus Assistent wurden unverzüglich vor ihren Arbeitgeber zitiert. Der neueste «Fall Gilgen»? Jedenfalls eine neue Gruppe von Studenten, die sich unter dem Namen FFU (Für eine freie Uni) gegen eine solche Bevormundung wehrt.

Wer soll das bezahlen? – Die wichtigste aller Fragen, die nach dem Scherbenhaufen über Zürich schwebte, wurde bald einmal in ruhestiftender Weise beantwortet: Unsere Versicherungen wissen, was sie gegen den hohen Puls der Geschädigten verschreiben müssen: Sie zahlen! (Trotz der «Unruheklausel», mit welcher sie sich eventuell hätten drücken können.) Ob sie allerdings so prompt und einfach zahlen, wie sich dies der Opernhaus-Direktor schon am Krawallfreitag ausgedacht hatte, ist nicht klar: Er hatte in der Pause sein beklecktes Publikum aufgerufen, Rechnungen für Reinigung und Wiederinstandstellung von Kleidern doch einfach ans Opernhaus einzuschicken. Man werde um Be-

gleichung bemüht sein... Am kulanten Zahlungsbeschluss freuten sich sicher auch all jene, welche ihren alten Rostklepper noch rechtzeitig in die «Gefahrenzone» am Limmatquai hatten bringen können.

Auf der Suche nach der Scherbenlogik. Die glasklaren neuen Scheiben des Gebäudes der «Neuen Zürcher Zeitung» bleiben – bis auf eine – ganz. Existiert dieses Kampfblatt des Bürgertums für die Jugendlichen gar nicht, oder sind seine Scheiben bruchsicke? Das legendäre «Odeon», einst Zentrum der politisch und künstlerisch engagierten Zürcher Jugend, heute von cleveren Umsatzstrategen in ein lässig-schickes Modestübchen für verhinderte Côte-d'Azur-Wallfahrer heruntergewirtschaftet, wurde mehrmals intensiv behandelt. Das liegt wohl nicht an der zentralen Lage des «Odeons» allein. Verschiedene Modeboutiquen, die auf dem neuen Freak-colour-Trend abfahren, blieben hingegen ganz, obwohl ja gerade sie auf diese Weise den Jugendlichen das (knappe) Geld abknöpfen. Auch die ganze Edel-Ecke am Rüdenschplatz war nicht bevorzugtes Ziel der Aggressionen, obwohl sie speziell für jugendliche Habewasse eingerichtet wurde: für die Eingeflippten, welche als Kompensation für frustrierende Arbeit wenigstens einen anständigen Zapfen heimstemmen – um ihn in besagter Ambiance stivoll wieder abzuladen. Verschoht wird auch der zwischen Boutiquen liegende Eingang der «Dow Chemical», welche das Napalm für den Vietnamkrieg herstellte (so schreibt «tell»). Der Vietnamkrieg liegt weit zurück...

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen: Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

Es sind nicht einfach Delinquenten

«Unser Sozialismus ist freiwillig»... Interview mit der kubanischen Botschafterin in der Schweiz...

Das Interview mit der kubanischen Botschafterin in der Schweiz war nicht gerade informativ... den meisten Lesern wird wohl immer noch unklar sein...

Entscheidend für das Verständnis der jüngsten Ereignisse dürfte das Jahr 1978 sein: Damals nahm die kubanische Regierung den Dialog mit den Exilkubanern in Florida auf

Fortsetzung der Kuba-Diskussion auf Seite 4 Der «realexistierende Sozialismus» und seine Desillusionierung

(wo es immer schon eine kubanische Kolonie gegeben hatte, die vor allem nach 1959 auf etwa 800 000 anwuchs). Ein Ergebnis dieses Dialogs war die Freilassung der 3600 Gefangenen in Kuba...



Mitte Mai: Die schwimmende Flotte, insgesamt 1500 Boote, wartet auf Ausreiseseerlaubnis.

terhin über ihre Propagandasender die Kubaner zum Verlassen des Landes aufforderten. Kubanischerseits war die Ausreise mit Visum des Aufnahmelandes (wie dies den üblichen internationalen Gepflogenheiten entspricht) immer frei.

Diese freigelassenen Anticastroisten sind wohl auch der harte Kern jener, die von der seltsamen Politik der peruanischen und venezolanischen Botschaft, jedem, der mit Gewalt in die Botschaft eindringt, ein Visum zu erteilen, Gebrauch machten.

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats



Diesmal aktiv, strahlend und ziemlich präsent.

Mit Harry Burst, Chef für Reaktorangelegenheiten der Nuclear Regulatory Commission (USA).

dk: In Harrisburg droht neue Gefahr?

Harry Burst: Ja, die Situation ist gespannt.

dk: Worum geht es?

Harry Burst: Die Radioaktivität ist unverträglich geworden.

dk: Was ist zu tun?

Harry Burst: Es müssen umgehend Rettungsmaßnahmen getroffen werden...

dk: Evakuierung?

Harry Burst: Jetzt heisst's «Nichts war raus», sonst ist der Schaden unabsehbar...

dk: Geht es um Tausende?

Harry Burst: Was heisst Tausende, Milliarden stehen auf dem Spiel! Wenn wir jetzt die verdammte Radioaktivität nicht sofort ablassen, zerfrisst sie uns noch die g a n z e A r b e i t.

gen und indirekt alle ausreisewilligen Kubaner aufforderten, sich zur peruanischen Botschaft zu begeben, wollten sie wahrscheinlich zweierlei erreichen: die Botschaft am offensichtlichen Missbrauch des Asylrechts hindern und die USA angesichts ihrer restriktiven Visa-Politik indirekt zwingen, die ausreisewilligen Kubaner aufzunehmen...

Entscheidend scheint mir auf jeden Fall, dass als weiteres Ergebnis des Dialogs im Jahr 1978 die Exilkubaner als Touristen in ihr Heimatland zurückkehren konnten. Als Exilkubaner lebt es sich gut in Florida.

Ich habe mit eigenen Augen am Flughafen in Havana Exilkubaner mit Koffern voller Kassettengeräte gesehen; es ist auch kein Geheimnis, dass einige Exilkubaner sogar Geld leihen, um in Kuba ihren Verwandten und Bekannten Wohlstand zu demonstrieren.

Durch die mitgebrachten Geschenke ist in Kuba mittlerweile ein kleiner Schwarzmarkt entstanden. Gehandelt werden Uhren, Transistoren, Kleider und andere Güter, auf die die Kubaner verzichten müssen, notabene nicht zuletzt wegen der Wirtschaftsblockade, die die USA vor bald 20 Jahren über die Insel verhängt haben.

Die Öffnung Kubas gegenüber den Exilkubanern war ein mutiger und selbststarker Schritt, zugleich aber eine grosse Herausforderung an das politische Bewusstsein der Kubaner; für nicht wenige Kubaner war es, wie «Le Monde diplomatique» (Mai 1980) schreibt, ein regelrechter kultureller, psychologischer und politischer Schock.

Christian Jordi, Zürich

Bin ich ein Bünzi?

«Und so einer soll ein Terrorist sein», Brief von Compagno in «das konzept» Nr. 4/80.

Compagno,

Verzeih mir mein stümperhaftes Bauerndeutsch, ich werde trotzdem versuchen, mit Dir ins Gespräch zu kommen. Zuerst war ich einmal erstaunt, unsere Memoiren in «das konzept» verwirgt zu sehen. Gewiss sind sie für mich lesenswert, einmal weil Du eine andere Perspektive hast - wenn auch eine verheerliche - andererseits kann ich mich wieder einmal, wie schon früher, mit Dir, Compagno, zanken.

Dass Peter ein Terrorist sein soll, kann sicherlich nur dem schweizerischen Justizparagrafen einfallen. Schum hat er einen Hering gefangen, wird ein Mörderwal darüberger...



macht; man hat ja sonst keine Erfolge zu verzeichnen. Und ein bisschen will man ja auch Terroristenatz spielen. Doch frage ich mich, ob diese Schwarzweissmalerei für die übrigen Leser (kleine Umfrage bestätigt meine Vermutung) so faszinierend oder denk-anregend wirkt. Im übrigen sind Tatsachen nicht gleich Tatsachen bei Dir, Compagno. Zugegeben, es lässt sich schwer von Rom aus seriös recherchieren, aber dann solltest Du damit vorsichtiger umgehen.

Dass ich momentan Tschumpel, sogenannter Knecht oder landwirtschaftlicher Angestellter, bin und mich darauf freue, aus dieser Scheisse herauszukommen, ist wahrscheinlich auch im höchsten Grad bünzhaft. Nach dem Motto: Die Revolution braucht keine Bauern (ich spreche nicht von Grosgrundbesitzern), sondern Knechte und Tschumpel. Im übrigen wäre es besser, wir machten wieder einmal gemeinsam eine schwerere Bergtour, um uns wieder kennenzulernen.

Sartre gewürdigt

«Sartre... und sein kreativer Hass auf alle Apparate». Von Niklaus Meienberg in «das konzept» Nr. 5/80.

Gratuliere zum Sartre-Nachruf von Niklaus Meienberg. Nach dem Ärger über den billigen postumen Verriss in der «NZ» und des Beschränken auf sdA-Meldungen im «Volksrecht» (!) war das ja auch dringend nötig - Ehrenrettung quasi für unsere Linkspresse, für das Verständnis Sartres in der Deutschschweiz. Bitter, zynisch, mit Ironie und Humor - Sartre hat nicht nur ein schönes Begräbnis gehabt.

Advertisement for 'Wintergrund' featuring a portrait of a man and text: 'Die schönsten BLEIK-Boys im Konzept'. The text describes a fishing trip and the quality of the 'Wintergrund' brand.

Aufregung gab es an der Dufourstr. 23 in Zürich am Dienstag, den 15. April. Da zirkulierte nämlich das Gerücht, eine linke Zeitung habe sich erreicht, mehrere Persönlichkeiten des Hauses in weniger bekledetem Zustand abzuholen und dazu noch mit ziemlich gelisteten Sprüchen zu kommentieren. Es handelt sich um die Herren Oswald (als Delegierter des Verwaltungsrats im Ringier-Konzern, welche den «Blick» verlegt), um den ehemaligen Vize-Chefredaktor Karl Lüthi, bekannt für besonders scharfmacherische «Blick»-Hetzartikel, sowie um den neuen Chefredaktor beim «Blick», Uebersax. Unsere kleine Aktion gegen das tägliche «schöne» «Blick-Girl» machte den Ringier-Leuten soviel zu schaffen, weil sie nämlich gar nicht wussten, wie sie in den Besitz der «konzept»-Nummern gelangen könnten. Endlich nach zwei Tagen schafften sie es und bestellten bei der Redaktion fünf Nummern. - Und seither gebe es im Haus an der Dufourstrasse etliche Büros, an deren Wänden kleine Männerbildchen hängen...

redaktionelles + redaktionelles + redaktionelles

Ruedi Balmer, bisher Aussenstelle Bern, hat das Sekretariat des schweizerischen Nicaragua-Komitees übernommen. Er wird daneben aber weiterhin Artikel für «das konzept» schreiben.



Man sagt, die Spitze der hier redenden Partei sei geradezu als Linkz zu bezeichnen, verglichen mit ihrem Fussvolk. Die Spitze meint: «Die Krawallbrüder und Chaoten verdienen keine Schonung. Die Schuld an der verbrecherischen Gewalt tragen nicht allein die Rädelsführer, die Brandbombenwerfer und zerstörungswilligen Linksrädler...»

Man kann dann, wenn die Drachensaat in der Gosse aufgeht, seine Hände nicht in Unschuld waschen wollen... Und wie denkt die Basis?

Erklärung der Schweizerischen Volkspartei zu den Unruhen in Zürich.

«Fürgi, das neue Waschmittel zwingt weis raus, zwingt farbige rein. Gebrauchsanweisung: Man nehme einen Messbecher Vietnam, dazu zehn kleine Negerlein und mixe diese mit ein paar Inder und Pakistans. Das Gemisch verteile man aufs ganze Land...»

In Zürich verteiltes Flugblatt, Mai 1980

Seit Wochen führen die Migros-Oberen Drehsprache in ihren Gratszeitungen den Wahlkampf. Was M-Boss Pierre Arnold besonders erbost:

«So hat sich eine Gruppe gebildet, die sich selber «M-Frühling taufe, sich ausnannte, unseren Anfangsbuchstaben zu benutzen.» Schämt euch auch ihr, M. (von Marianne bis Monika, von Max bis Moritz)!

Im «Brief an unsere Genossenschaftler» vom 9. 5. 1980.

Laut einer in der Gewerkschaftszeitung «OD» publizierten Untersuchung hat der Alkoholismus unter Frauen «in städtischer Umgebung» in den letzten 20 Jahren stark zugenommen. Das Verhältnis von weiblichen und männlichen Alkoholkonsumern hat sich von 1:6 auf 1:2 angenähert. Betrüblie Entwicklung - aber nicht nur bei der Sucht selber, auch bei der Analyse der gesellschaftlichen Hintergründe.

Nun ja, in diesen guten alten Zeiten war der Alkohol weitestgehend noch ein stiller häuslicher, verschämter genossener Tröster für vorhandene gesellschaftliche Widersprüche. «Heute stellt sich die Problematik anders. Im Zuge der Rollenangleichung beansprucht die Frau auch in ihren Trinkriten die gleichen Rechte wie der Mann. Früher sozialkulturelle Normen der Frau Alkoholkonsum überwiegend nur bei festlichen Gelegenheiten gestattet, so kann sie heute individuell bestimmen, wann und wieviel sie trinken will. Dieser Zuwachs an Selbstbestimmung, zum Teil bedingt durch den Zuwachs an selbstverwalteten Einkommen, birgt jedoch in sich in viel grösserer Masse die Gefahr des Überkonsums und des kaum bemerkten Abgleitens in die Abhängigkeit vom Alkohol und in die Sucht.»

Nur gut, dass das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit noch nicht verwirklicht ist. Frau würde sich aus lauter Freude doch nur wieder sinnlos betrinken! Dr. med. Ute Raillard in: «Der öffentliche Dienst», 14. 3. 80

das konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Häni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter, Daniel Wiener (Basel).
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon (0) 47 47 35, PC-Konto 80-376.
Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05
Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41.
Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandene Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.
Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaft, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).
Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonserntorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.
Abonnement: pro Jahr 20 Fr. (Austl. 26 Fr.), PC-Konto 80-37626.
Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. (0) 47 47 35, PC-Konto 80-36651. l-sp-mm-Zeile (27 mm) - 68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich
Redaktionsschluss: Nr. 7/8/80: 16. 6. 80
Inserateschluss: Nr. 7/8/80: 20. 6. 80

Vergewaltigung hat nichts mit Lust zu tun

«Das Schrecklichste ist der Angriff auf die Seele»

Von Peggy Parnass

Um es vorwegzunehmen, ich hab' mir den Film «Der Schrei aus der Stille» (vgl. Kästen) angesehen. Einen Film über Vergewaltigung.

Es ist mir immer etwas schwer gefallen, an Vergewaltigungen zu glauben. Ich bin fast immer erst mal misstrauisch gewesen, wenn ich von einer Vergewaltigung hörte. Dachte dann, eine Frau, die wirklich wehrt, kann keiner vergewaltigt werden. Dachte daran, dass die Male, wo man versucht hat, mich zu vergewaltigen, für den Mann erfolglos verliefen, weil ich mich sehr heftig gewehrt hab'. Erinnere mich daran, dass ein Mann mal sagte: «Du solltest bluten, du Säu, und nicht ich», als ich ihn zerbrissen, zerkratzt und durch Schläge verletzt hatte. Ein anderer, der sich fluchend krümmte, weil ich ihn in die Eier getreten hatte, war auch nicht sehr froh.

Inzwischen weiss ich schon lange, dass es Arten der Vergewaltigung gibt, gegen die man sich nicht wehren kann, weil die Angst einen lähmt. Wo Waffen im Spiel sind, wo mit Drohungen gearbeitet wird, wo ein Messer hingehalten wird, wo Todesangst den Hilfeschrei erstickt.

Wenn ich in Zeitungen las oder hörte, dass eine Vergewaltigung über Stunden ging, vielleicht sogar über Tage, hab' ich gar nichts mehr geglaubt. Weil ich mir nicht vorstellen kann, dass jemand so stark ist, dass er immer wieder und noch mal und noch mal eine Frau niederhalten und vögeln kann, die nicht will. Oder wenn zwei Frauen im Spiel waren, dass das überhaupt möglich ist. Wieso hilft dann nicht eine Frau der anderen? Vielleicht auch wegen der Tatsache, dass ich so viel von Liebe und Lust halte, so viel von Zärtlichkeit und Sex und so wenig von Brutalität, dass sich meine Phantasie prompt da ausschaltet, wo es mir widerlich wird.

Dieser Film nun, «Schrei aus der Stille», hat meinen Mangel an Vorstellungsvermögen durchbrochen. Ich hab' dazu gelernt. Es wurde mir etwas gezeigt, was mir klarmacht, was wirklich Gewalt ist. Eine Gewalt, die wirklich nichts mit Lust zu tun hat. Auf Seiten der Frau schon gar nicht, aber nicht mal auf Seiten des Mannes. Eine Vergewaltigung, die nichts zu tun hat mit Liebemachen, sondern ausschliesslich mit Hass-Ausleben.

Was ich mir nicht vorgestellt hab', ist, dass die Vergewaltigung nicht mit dem Schwanz stattfindet, über Stunden und Tage. Sondern fast mühelos über eine fast unbegrenzte Zeit gehen kann, indem Frauen gefesselt, geschlagen, beleidigt, gedemütigt und, wie hier im Film z. B., auch angepinkelt werden. Also alles Dinge, die die Manneskraft nicht lahmlegen, die Frau aber total entwürdigen.

Gewalt – keine Lust? Da muss ich vergessen haben, dass zahllose Sexualkrüppel dafür sorgen, dass Sado der Hit aller Sexmessen und -keller ist. Hier, in England, in Amerika, wo immer man hinkotzt. Eine ganze Schweine-Industrie lebt gut davon. ***

Inzwischen weiss man selber, was in einer Frau, die vergewaltigt wird, vorgeht. Weil man durch das, was man an sich selber mitzuerleben meint, weiss, was in ihr zerbrochen worden ist. Weiss, was es heisst, seiner Würde beraubt zu sein. Begreift, dass die Scham der Frau, nicht die des vergewaltigenden Mannes, einsetzt mit der Vergewaltigung. Verkehrte Welt! Eine Scham, so entsetzlich, dass zahllose Frauen von einer Anzeige absehen und nicht mal mit ihren engsten Verwandten über die Vergewaltigung sprechen können. Eine Scham, so

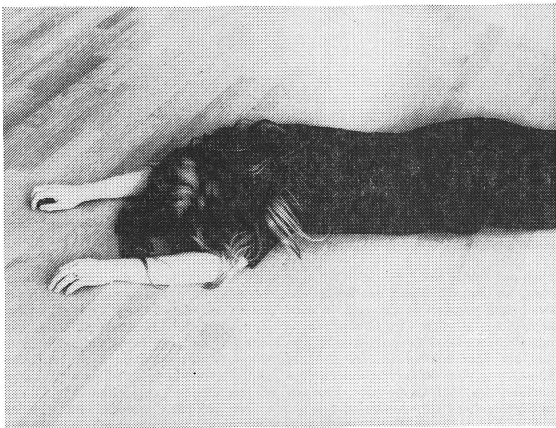


Foto: Gertrud Vogler

schlimm, dass sich die Frau danach nicht nur vor Männern, sondern auch vor sich selber eckelt. Eine Scham, die auch oft zu Selbstwängeln führt.

Ich habe oft meine kleinen Witze gemacht, z. B. Dinge gesagt wie: «Alle werden vergewaltigt, Blinde, Lahme, 98jährige – was mach' ich denn falsch?». Und, ja, den Gedanken an Vergewaltigung mit einem kleinen Gedanken an Lust gekoppelt. Mit Kriegingend, wie überfordert immer gerade der Mann ist, den wir am meisten begehen, und in einer Welt lebend, überall überwilliger Mädchen, allzeit bereit, fiel es mir schwer zu glauben, dass Vergewaltigungen überhaupt notwendig sind. Wissend, dass die meisten Männer von irgend jemandem oder sogar von mehreren geliebt werden. Nur ist es so, dass vergewaltigende Männer ja nicht die Bereitwilligkeit begehen, sondern den Widerstand, die Panik, die Todesangst.

Wunschtraum? Vergewaltigung als Wunschtraum? Von uns Frauen? Was wir uns sicher wünschen, ist, von dem Mann, den wir selber stark begehen, heftig genommen zu werden. Unmissverständlich. Mitzukriegen, dass auch wir heftig begehrt werden. Von gerade diesem Mann. Was es mit Sicherheit nicht heisst, ist, von einem Wildfremden, den wir uns nicht ausgesucht haben, überwältigt und missbraucht zu werden, total entmacht, unserer eigenen Entscheidung beraubt. Nicht das Eindringen des Schwanzes ist das Schrecklichste, sondern der Angriff auf die Seele.

Neulich gab es einen Mann, der freigesprochen wurde, weil er impotent ist. Obwohl klar war, dass die Frau nicht log. Impotent ist so mancher Vergewaltiger. Allerdings im Laufe einer Vergewaltigung vorübergehend potent, da allein das, was er an Entsetzten auslöst bei einer Frau, ihn anregt.

Ich muss schon sehr dumm sein. Denn mir hätte immer klar sein müssen, dass es bei Vergewaltigungen nicht um Sinnlichkeit geht, sondern um Macht. Dass es bei Vergewaltigungen um die gleiche Geschichte geht wie bei Missbrauch und Macht-Gelilität auf allen anderen Gebieten auch.

Gewalt. – In dem Film wird auch die Beschneidung eines kleinen Mädchens gezeigt. Ich weiss, dass zurzeit Frauen hier und in anderen Ländern aktiv sind, um solche Unsitzen abzuschaffen. Ich hatte mir aber auch nie davon 'ne richtige Vorstellung machen können. Bis ich diese offensichtlich authentische, dokumentarische, gruselige Filmaufzeichnung

sah. Das wehrlose Kind mit den zu ihm gehörenden jungen und alten Frauen um sich herum. Frauen, denen Leid, Mitleid und Trauer im Gesicht geschrieben stehen. Die gleichzeitig, dem Kodex gehorchend, offensichtlich gezwungen sind, das kleine Mädchen festzuhalten, während die Beschneidung ohne Betäubung erfolgt. Mir wurde ganz schlecht.

Ich weiss, dass seit einiger Zeit in der Presse und innerhalb der Frauengruppen heftige Kämpfe mit Strafverteidigern entbrannt sind. Strafverteidiger, die der Vergewaltigung Angeklagte verteidigen. Was nicht das Gleiche ist wie Gewalt in Schutz nehmen. Das scheint man zu wechseln. Da muss ich sagen, dass es dümm wäre, davon auszugehen, dass in jedem Fall alle Frauen die Wahrheit sagen. Es muss untersucht werden, ob der beschuldigte Mann es wirklich war, ob es

etwas aus jungen Mädchen gemacht. Eher im Gegenteil. Für die Kinder, dachte ich, wäre es vielleicht schön. Im Wagen allerdings, knöpfte sie plötzlich ihre Bluse auf. Ich sagte: «Mein Kind, nun mach mal Deine Bluse schön wieder zu.» Sie fing auch an, mich anzufassen. Ich sagte: «Du wirst doch nicht wollen, dass ich einen Unfall baue. Lass das jetzt sein.» Ja, ich weiss, man sieht das diesem Mädchen hier nicht so an. Sie macht ja vor Gericht einen sehr ordentlichen Eindruck. Ich war auch sehr überrascht. Sie schien sehr verärgert zu sein, weil ich nicht auf ihre Wünsche und ihre Angebote einging. Darum hab ich sie dann auch nicht bei mir arbeiten lassen.» Das Mädchen weinte.

In diesem Fall konnte das vergewaltigte und auch noch in aller Öffentlichkeit so beleidigte und lächerlich gemachte Mädchen von Glück sprechen, dass um den gleichen Dreh herum dem Familienvater nachgewiesen werden konnte, dass er sich auch an andere junge Frauen mit Gewalt herangemacht hatte. Er wurde zu viereinhalb Jahren verurteilt. Aber es ist immer schwierig, wenn man weiss, dass nur einer von zweien die Wahrheit gesagt haben kann und beide mit so ehrlichen Augen aus ehrlichen Gesichtern in die Runde gucken. ***

In den Pseudo-Gerichtsszenen im Film wird plötzlich auch ein ganzer Haufen traurig dreinblickender Kinder gezeigt. Sie werden alle als Opfer ihrer vergewaltigten Verwandten vorgestellt. Sollen also alles kleine Kinder sein aus Heimen und Anstalten, die von Vätern, Brüdern, Cousins und guten Onkeln vergewaltigt und dann von zu Hause entfernt wurden. Eine junge Frau erzählt emphatisch, dass ihr Vater, den sie, bis sie zehn war, über alles geliebt hatte, der ihre Sonne war, ihr ein und alles, der ihr alles gab – ihr alles wieder nahm, indem er sie vergewaltigte. Das ist eine Geschichte, die ich nicht glauben kann. Weil ich sicher bin, dass jedes Kind, das so sehr an jemandem hängt, nicht vergewaltigt werden muss, sondern ganz leicht zu verführen ist. Vorausgesetzt, ihm werden nicht Schmerzen zugefügt. Und warum sollte ein Vater, der sein Kind so liebt, brutal vorgehen? Geht ja auch anders. Da spielen für mich sowieso Gedanken eine Rolle wie Inzestparagrafen, die ich gern abschaffen möchte. Ich glaube nicht, dass Kinder zu Schaden kommen, nur weil sie zu Hause geliebt werden, auch körperlich. Sondern, dass sie meistens erst zu Bruch gehen, wenn sie als Zeugen vor Gericht aussagen müssen gegen jemanden, den sie lieb gehabt haben und der ihnen dann als Verbrecher präsentiert wird. Das ändert doch nichts daran, dass Gewalt an Kindern strafbar bleiben muss. Spätschäden verführter Kinder

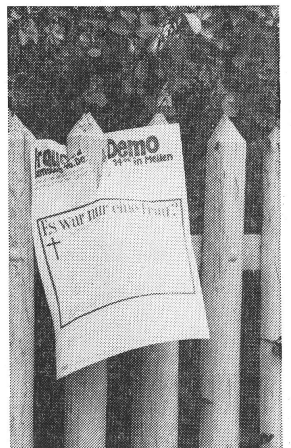


Foto: Gertrud Vogler

würden wegfallen, sobald mit gesellschaftlichen Tabus aufgeräumt würde.

Es gibt sicherlich allerlei robuste Frauen, Gott sei Dank, die nach einer Vergewaltigung weiterleben, die weiter ihrem Beruf nachgehen können. Sicher auch viele, die nach einer Vergewaltigung noch in der Lage sind, zu lieben. Aber es gibt sicher sehr viel mehr Frauen, in denen die Liebesfähigkeit auf immer getötet wird durch so ein Erlebnis. Denen die Lustbereitschaft abhanden kommt. Die nach einer Vergewaltigung auch in dem eigenen Mann nur noch den Vergewaltiger sehen können, weil jede Umarmung sie wieder an die Gewaltsituation erinnert.

Gefolterte sind nie mehr dieselben. Vergewaltigte auch nicht.

Was man tun kann, um Frauen zu schützen, weiss ich nicht. Ich weiss nur, dass dafür genausoviel getan werden muss wie dafür, von sehr legalen Übergriffen an Arbeitsplätzen, von Vermietern, von Polizei, von Justiz, von Regierungen, von idiotischen Bestimmungen, von Bevormundungen, von krimineller Ausbeutung und Gewalt auf allen Gebieten zu schützen.

Im Film wird auch der grössere Zusammenhang gezeigt. Die Frau steht z. B. nachdem sie sich zum x-ten Mal übergeben hat, vorm Spiegel. Ihr Mund öffnet sich im Schrei, einem Schrei, der sich fortsetzt und durch Dokumentarischer und Wochenschaubilder illustriert wird. Ich habe plötzlich den Eindruck, dass ihr Schrei der Schrei ist, der durch Millionen Frauenmünder in der ganzen Welt ausgestossen wird. Gegen Waffen, Brandbomben, Vertreibungen, Misshandlungen, Folter. Während dieses Schreis wird auch die Wehrlosigkeit, die weltumspannende Wehrlosigkeit, überdeutlich.

Im Kleinen sind wir die Opfer der Opfer. Im grossen die Opfer der Multis.

Peinliche Reaktionen

mit. Der franko-kanadische Film «Der Schrei aus der Stille» von Anne-Claire Poirier wurde an den Berliner Filmfestspielen im Februar zum ersten Mal im deutschen Sprachraum aufgeführt und hat seither in der Frauenbewegung der BRD heftige Diskussionen ausgelöst. Der Vergewaltigungsfilm wurde in den meisten grösseren Städten gezeigt; die Kinotitel sollen ständig ausverkauft gewesen sein. (Bei uns wird der Film vielleicht im Herbst zu sehen sein. Verhandlungen mit einer Verleih-Firma sind jedenfalls im Gang.) Fast gleichzeitig erzielte die Video-Produktion «Prozess wegen Vergewaltigung» in Italien die Gemüter: Endlich soll die Öffentlichkeit wahrnehmen, dass Vergewaltigungen alltäglich sind. Ob dies mit dem «Schrei aus der Stille» erreicht werden könne, darüber stritten sich die Befürworterinnen und Gegnerinnen des Films recht wogig.

Die Filmrezension im Berliner Magazin «tip» – aus der wir den allgemeinen Teil über Vergewaltigung dokumentieren – hat Peggy Parnass sogar die Ehre erbracht, als erste Frau zum «Pascha des Monats» in der «Emma» erkoren zu werden: Es ist hier, Schwester, aber einmal muss es sein.» Musste es wirklich? Weil («Emma»-Frau sich mit der Passage «Was wir uns sicher wünschen, ist, von dem Mann, den wir selber stark begehen, heftig genommen zu werden» nicht einverstanden erklären konnte und schon gar nicht mit dem Postulat, den Inzestparagrafen abzuschaffen. Drum wurde P. P. ernannt, in Zukunft doch bei ihren Gerichtsberichten zu bleiben und sich nur ja nicht mehr zum Thema Frauen und Sexualität zu äussern (Schuster, bleib bei deinem Leisten). Als ob es ihr dabei nicht immer «a ch» um diese Themen gegangen wäre.

Gefehrt hat man sich wenigstens beim «Spiegel»: Mit dem Bild der zänkischen Feministinnen war das Problem wieder mal hübsch auf ein dummes Vorurteil reduziert.



Einen ganz besonderen Werbegang hat sich der Autokonzern General Motors (GM) einfallen lassen: beim Kauf eines GM-Wagens (Chevrolet, Opel) soll, wie in Inseraten zu lesen ist, der Käufer ein wunderbares «Privatgeschenk» erhalten. Und was hat der Schweizer lieber als bares Geld? Darum soll er gleich nach dem Kauf einen Scheck über tausend Franken ins Haus geschickt erhalten: «Vielleicht kaufen Sie sich zu Ihrem neuen eleganten Wagen einen ebenso eleganten neuen Anzug.» Noch besser wäre allerdings, gleich zwei Wagen zu kaufen: dann kriegt man ja zweitausend Franken, zwei Anzüge oder drei ...

Seit dem Atomunfall in Harrisburg ist der Traumjob eines Reaktoroperators nicht mehr so gefragt. Dem will jetzt die britische Vereinigung der Nuklearen Ingenieure abhelfen, indem sie auch für diesen an sich männlichen Beruf auf die Frauen zurückgreift: Ein «Nuclear Pin-up Girl» soll fortan um die lustlos gewordenen Jungs werben. Nur wer bereit ist, sich bis auf den (nackten) Kern entblößen zu lassen, kann sich an dieser «Miss Atom-Wahl» beteiligen. Kontaktadresse: Institution of Nuclear Engineers, 1 Peterly Road, London SE 6.

Die britische Premierministerin Thatcher hat Anfang April ein neues Verteidigungswiesbuch vorgelegt. Danach soll neben der Entwicklung von neuen Nuklearwaffen und der Wiederausrüstung mit Giftgasen und biologischen Kampfmitteln auch der Waffendienst für britische Frauen eingeführt werden. Hoffentlich finden es die Betroffenen in diesem Fall

wichtiger, kritische Fragen als ihren Mann zu stellen.

Nico, der gewitzte und superproduktive Karikaturist («Tages-Anzeiger»), gibt in einer Zürcher Galerie einen Einblick in sein vielfältiges Schaffen: Neben den Karikaturen findet man da auch Gemälde und Geformtes, immer sind es Köpfe der (Zürcher) Polit-Prominenz. Auf einer Collage erblickt der genetzte Seher auch Niklaus Meienberg, liebevoll gerahmt wie alle anderen Bilder, in Reih und Glied eingehängt. Doch das hielt er nicht lange aus: Über Nacht hat er sich losgemacht und ging an' Boden und kam zu Schaden. Manche meinen, das hänge damit zusammen, dass Muschi in einer Vorlesung Meienberg mit Kleist verglich, eine Ehrung, die denn doch auch dem lieben Niklaus zu dick erschien.

Lieben Sie's männlich? Oder noch männlicher? Und sind Sie's auch? – Wenn nicht, hilft Ihnen das neue Parfum «Macho» nach. Denn «Macho» ist männlich! (Inseriert ist es in einer ebenfalls männlichen Zeitschrift, dem «Pennerhaus».)

SP-Bundesrat Willi Ritschard hat es seinen Kollegen gleichgetan und sich einen «persönlichen politischen Berater» zugelegt. Das Bedürfnis nach kundigem Rat kam nach dem Wechsel ins Finanzdepartement. Dieses war Ritschard von Furgler aufgeschwätzt, wenn nicht gar aufgezogen worden. Denn: Die SP, bis zu den Wahlen 1979 immer wieder gegen Spar- und Finanzpakete auf dem Buckel der Kleinen, musste neutralisiert werden. Ritschard selber ist jetzt noch einen Schritt weitergegangen: An die Kantare nehmen will er vor allem die SP-Links, die sich seit je gegen Mehrwert- und andere Konsumsteuern gewehrt hat. Als «Berater» steht ihm deshalb neu einer der prominentesten linken SP-Kritiker der bundesrätlichen Finanzpolitik, Peter Hablutzel, vormalig Mitarbeiter am Berner Gruener-Institut für schweizerische Politik, zur Seite.

Die «Ölländer» verteidigen sich gegen Industriestaaten

Wer ist schuld an der Inflation?

Von Adnan al-Janabi, Vorsteher der Ökonomie- und Finanzabteilung der Opec

Die ölexportierenden Länder haben ihre Preise seit 1973 wesentlich erhöht. Jedermann braucht Öl. Es ist deshalb naheliegend, die Ölpreisteuerung «hinter» allen andern höheren Preisen zu vermuten. Die Ölproduzenten indessen sehen es anders.

Die Inflation – im allgemeinen als «schlechte Sache» beurteilt – ist ein Waisenkind. Da steigende Preise ein Anzeichen für Misswirtschaft sind, will niemand die Verantwortung dafür übernehmen. Als geeignetster Sündenbock bietet sich seit 1974 offenbar die Opec an. Die erhöhten Ölpreise werden oft als wichtigster Grund für die Inflation genannt.

Da gilt es aber vorerst einmal zu betonen, dass die Preiserhöhung eines Produkts nicht notwendigerweise als Resultat von gestiegenen Kosten für die Teile, aus denen sich das Produkt zusammensetzt, erfolgen muss. Insbesondere trifft diese Beobachtung auf Marktwirtschaften mit ihrem hohen Grad an Konkurrenz und ihrem wohlorganisierten Geldnachschub zu. Eine Erhöhung der Kosten eines bestimmten Produktfaktors mag auch nur in der Neubestimmung der relativen Preise anderer Faktoren resul-

tieren – ohne sichtbare Preisänderung beim Endprodukt. In Wirklichkeit indessen haben die meisten Marktwirtschaften ein hohes Mass an struktureller Starrheit entwickelt, dahingehend, dass die Kostensteigerung eines jeden Produkts auf den nächsten Produktionszyklus überwälzt wird. Überdies wird die Inflation mehr und mehr zu einem Werkzeug im Kampf um die Neuverteilung des Produktionsertrages auf die verschiedenen Teile der Gesellschaft. In diesem Kampf um die Einkünfteverteilung akzeptiert kein Gesellschaftssegment eine Reduktion seines relativen Anteils an der Gesamtproduktion. Innerhalb dieses Kontextes muss man auch das scheinbar widersprüchliche Phänomen hoher Arbeitslosigkeit, gekoppelt mit gleichzeitig steigenden Löhnen, sehen.

Inflation ist aber nicht nur ein Mittel zur nationalen Einkommensverteilung, sie wirkt sich auch auf internationaler Ebene so aus. Internationale Einkünfteaufteilungen und Änderungen in den Handelsbeziehungen werden zunehmend an den Fronten der jeweiligen Inflationsbewegungen ausgefochten. Jeder Aufwärtsbewegung der Exportpreise für Fertigprodukte aus den Industrieländern entspricht ein umgekehrter Transfer von Reichtum aus den Entwicklungsländern in die Industriestaaten – so wächst der Graben zwischen arm und reich. In diesem «Kreislauf» wird die Opec-Gruppe innerhalb der Entwicklungswelt wahrscheinlich am schlechtesten behandelt. Der Importpreisindex der Opec-Länder hat sich seit 1973 mehr als verdreifacht. In Opec-Ländern ist es keineswegs die Ausnahme, dass sich Kosten von Projekten und Maschinenimporten während eines Jahres verdoppeln.

Innerhalb dieses allgemeinen Überblicks ist es wichtig, klare und realistische Vorstellungen von der Mitwirkung der Ölpreise an dieser globalen Inflation zu erlangen. 1977 und 1978, als die Ölpreise im Nominalwert konstant blieben, gab es trotzdem zweistellige Inflationsraten in Italien und in Grossbritannien. Hohe Inflation war die Regel in allen wichtigen ölimportierenden Ländern. Es gibt keine stichhaltigen Beweise dafür, dass die Inflation nichtexistent wäre, wenn die Ölpreise konstant gehalten würden. Der Inflationsaufschwung in den USA war 1978 bereits voll im Gang – ohne jede Ölpreisbewegung. Damit soll nicht gesagt sein, dass Ölpreise überhaupt nichts zur Inflation beitragen. Aber es wird jetzt bei den Fachleuten weitgehend akzeptiert, dass die Inflation als allgemein auftretendes Phänomen sehr wenig mit Ölpreisschwankungen zu tun hat. (. . .)

Von 1974 bis 1978 verschlechterte sich der Realwert der Ölexporte aus den Opec-Staaten ständig, während sich die Opec-Importe aus den Industrienationen sprunghaft erhöhten. Nicht einmal die kürzlich vorgenommenen Preispassungen können die jäh gestiegenen Kosten der Opec-Importe ausgleichen. (. . .)

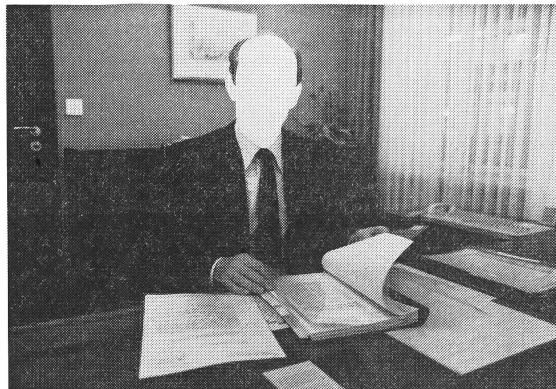
Trotzdem: Der Opec ist es als Gruppe bis zu einem gewissen Grad gelungen, die Verschlechterung der Handelsbedingungen aufzuhalten. Andere weniger organisierte rohstoffexportierende Länder sind nicht so erfolgreich gewesen. Der Hauptschuldige im weltweiten Spiel der Einkommensverteilung durch Inflation ist also nicht die Opec, sondern die Industrieländer der OECD, welche sich ständig über die Anheizerung der Inflation durch die «Ölländer» beklagen.

Offenbar kann Öl sogar die bestehende Herrschaft der Industriestaaten über die Länder der dritten Welt ins Wanken bringen. Jedenfalls müssen auch die drei Weisen im neuesten ihrer Berichte über «Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft» (1979/80) zugeben, dass die erdölimportierende Eidgenossenschaft, «weil sie keinen Einfluss auf die Opec-Länder ausüben kann, nur eine Anpassungsstrategie verfolgen kann» («NZZ», 24./25. 5. 1980). Man kann's drehen, wie man's will: Die reiche Schweiz muss eine Wohlstandsverminderung hinnehmen – was noch lange nicht heisst: die reichen Schweizer. National gehen da die kleinen Grosskapitalisten wieder voll in die Offensive. Jürg Niehans, Ökonomeprofessor in Bern, schliesst aus seiner «wissenschaftlichen Analyse», «dass höhere Erdölpreise vorerst zu einer Rückbildung der Reallohne führen müssten, wenn man nicht in das freie Spiel der Marktkräfte eingreifen wollte» («NZZ», 28. 5. 1980). Na bitte, wer will das schon? Lieber die höheren Lebenskosten mit den tieferen Löhnen bestreiten*. Wie gesagt, jemand muss zurückstecken – wenn es schon die Erdölmultis mit ihren Gewinnmargen nicht tun.

*Soweit ist es übrigens schon. Das Biga hat Zahlen veröffentlicht, wonach – bei Berücksichtigung der Prozentigen Teuerung – von Oktober 1978 bis Oktober 1979 erstmals seit 1951 die realen Verdienste um 1,5 Prozent zurückgegangen sind.

Eine Bildergeschichte von Christian Mürner und Gesche-M. Cordes

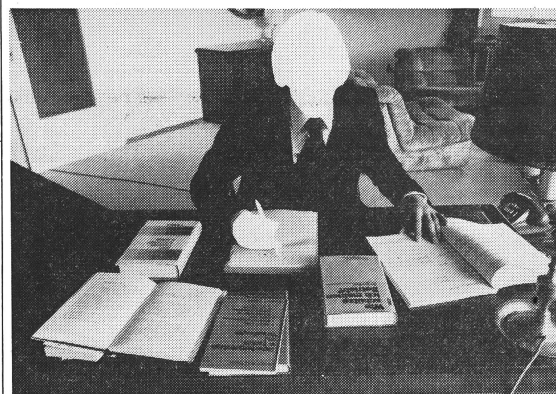
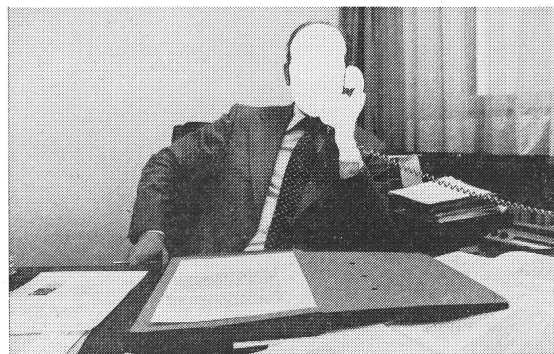
Woran erkennt man die Kapitalisten?



Aber wie sehen Vampire aus? Meistens erkennen wir diese erst (im Film), wenn sie zugebissen haben. Und wie sehen diese Konsumenten aus? Inkognito-Konsumenten. Wie also diese ihre Unternehmen (im Ansatz) durchschauen?

Früher schien alles viel eindeutiger: Der Kapitalist war fett, trug einen runden Hut und rauchte eine dicke Zigarre.

Aber heute? Wer einmal Photos oder Fernsehbilder von Unternehmertagungen gesehen hat, weiss, dass die Unternehmer so nicht aussehen. Keiner läuft mehr im Hornbrum, die meisten haben das Rauchen aufgegeben und halten sich verzweifelt fit. (2)

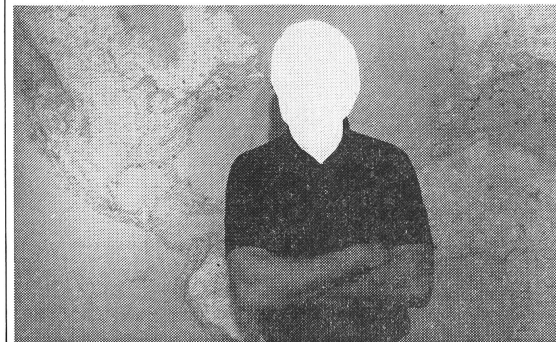
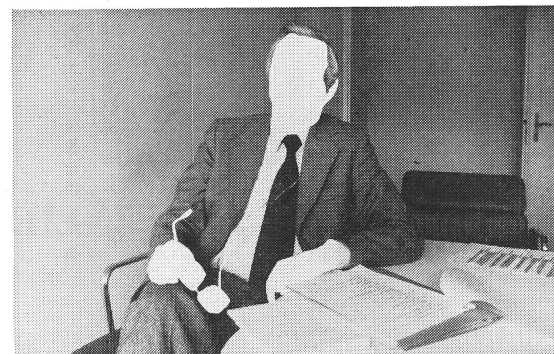


Wir haben weiter keinen Grund, beunruhigt zu sein, uns geht es gut, es geht weiter aufwärts, so sehen 14 000 Unternehmer die Lage. (3)

Aber es muss gleichzeitig gefordert werden, womit die Kapitalisten selbstverständlich nichts zu tun haben, dass die Stabilitätspolitik die vernünftige Lohnpolitik und die investitionsfreundliche Steuerpolitik (3) fortgeführt werden.

Die Kapitalisten halten sich da raus, wie wir hören, ziehen sich zurück, verschwinden mehr und mehr. Sie sind integer und integriert wie alle.

Die fungierenden Kapitalisten werden! sind bloss Verwalter, leitende Angestellte, Rentiers. (4)



Die Kapitalisten sind an allem schuld. Sündenböcke, Teufel, deren Verwandtschaft mit Göttern ja bekannt ist. Aber wie sehen sie aus? Wie und woran sind sie zu erkennen?

Die ökonomische Charaktermaske des Kapitalisten hängt nur dadurch an einem Menschen fest, dass sein Geld während als Kapital funktioniert. (. . .)

Der Kapitalist, der in der Vulgärökonomie Bescheid weiss, sagt vielleicht, er habe sein Geld mit der Absicht vorgesprochen, mehr Geld daraus zu machen. Der Weg zur Hölle ist jedoch mit guten Absichten gepflastert, und er konnte ebenso gut die Absicht haben, Geld zu machen, ohne zu produzieren. (. . .) Das Kapital ist verorbene Arbeit, die sich nur vampirmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet, ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. (1)

Die Kapitalisten geben sich als sportliche Manager, Zureiter, agile Leiter, vife Betreuer und Arbeitgeber mit allen verräterischen Nebenbedeutungen dieser Worte. Das ist im übrigen den Kapitalisten aus dem Selbsttraining mit Tonkassettens bekannt. Das Know-how der Anti-Dialektik: Wie einen Gegner mit dessen eigenen Argumenten vom Tisch wischen.

Wir (leben) in einer Konsumgesellschaft, in der die Unternehmer nicht mehr daran verdienen, dass sie uns bis aufs Hemd aussiehen, sondern daran, dass sie uns möglichst viele neue Hemden andrehen: «liih, du hast ja immer noch eines mit spitzem Kragen an, zieh's aus, wirf's weg, runde Kragen sind in!» (2)

Das hindert den Kapitalisten selbst jedoch nicht, wie wir sehen, weiter spitze konventionelle Kragen zu tragen, sich diese notfalls oder sowieso für sich separat massanfertigen zu lassen.

Kapitalisten verkaufen uns den Strick, heisst es, mit dem wir sie aufhängen könnten.

Nun erst haben die Kapitalisten auch ihr (wohlverdientes) Privatleben. Nur, auch dieses ist von Weltformat, kaum vorstellbar, ohne (das heisst als multiple) Visage, ein Monopol.

PS. Diese Bildergeschichte ist kleinbürgerlich (4) entstanden. In ihrer Produktionsweise einerseits kleinkapitalistisch, das heisst die Ausnutzung der eigenen Produktivkräfte und Produktionsmittel, andererseits lohn-abhängig von den Produktionsverhältnissen, das heisst bedroht von der Sinnlosigkeit oder Nichtveröffentlichung.

(1) K. Marx, MEW 23, Das Kapital, Bd. 1, Berlin DDR, 1968, S. 592/S. 168/S. 247

(2) H. Mentz, in titanic, Nr. 2/1980, Frankfurt a. M., S. 62

(3) Hamburger Abendblatt, Titelschlagzeilen, 6. 2. 1980

(4) vgl. J. Bischoff (Hrsg.), Grundbegriffe der marxistischen Theorie, Hamburg, 1978, S. 46/S. 131



Zeichnung: Eugen Biga

Einige Schlüsse, welche bezüglich des Einflusses der Ölpreisänderungen auf

das konzept - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

| Anzahl Artikel | | Preis inkl. Porto + Verpack. |
|----------------|--|------------------------------|
| ... | Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-78 | 9.20 |
| ... | Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978 | 3.20 |
| ... | Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier, (ab 5 Stück 3.-) | 4.50 |
| ... | Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/78), einfarbig, A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.-) | 2.20 |
| ... | Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung» | 3.50 |
| ... | Alle «das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang | 1.40 |
| ... | Poster «Unser Strauss» | 12.- |
| ... | (aus Nr. 1/78) | 4.- |
| ... | Poster «Gefangener der Freiheit» | 2.40 |
| ... | (aus Nr. 4/78) | 4.- |
| ... | Poster «Gesellschafts-Schichten (aus Nr. 6/79)» | 2.40 |
| ... | Poster «NZZ-Jubiläum» (aus Nr. 2/80) | 2.40 |
| ... | Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68» | 6.- |
| ... | Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz» | 2.40 |
| ... | Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78) | 1.40 |
| ... | Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79) | 1.40 |
| ... | Sonderbeilage «Film in der Schweiz» III (Jan 80) | 1.40 |
| ... | Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» I (Okt 78) | 1.40 |
| ... | Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» II (Okt 79) | 1.40 |
| ... | Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78 | 1.40 |
| ... | Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu) | 1.40 |

Zahlungsmodus

- Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei. (*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse



Sprachkurse in England
für Studenten, die wirklich Englisch lernen wollen:
O.I.S.E.
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Sekretariat: 4147 Aesch-Basel
Lerchenstr. 14, ☎ (061) 78 24 53

Informationen und Gratisprospekt verlangen!

Name/Vorname: _____
Strasse: _____
Plz./Ort: _____



USA
individuell - long stay

Verkauf von

- Stationswagen ca. Fr. 2 000.-
- VW-Bussen ca. Fr. 4 500.-
- Campern ca. Fr. 11 000.- (auch in Miete)

Garantierter Rückkauf.

Reisebüro Mittelthurgau AG
Unt. Bahnhofstrasse 7
8580 Amriswil Tel. 071 67 55 77

Soeben erschienen: «perspektiven» 2/80 (mit Inhaltsverzeichnis 1978-80)

Teilzeitarbeit für Frauen und Männer: ein möglicher Ausweg aus der Doppelbelastung berufstätiger Mütter?

Diese Frage geht Studentinnen und Studenten an!

Ein Gespräch mit Studentinnen, berufstätigen Müttern und einem Personalchef. Dazu die VSS-Kolumne: Studierende Mütter.

Studien- und Berufseinführungen: Chemie, Geographie, Publizistik, Primarlehrer, Turn- und Sportlehrer, Slawistik, Nordistik, Orientalistik

«perspektiven» hat in bisher 8 Hefen über sämtliche Studienmöglichkeiten an Schweizer Hochschulen und über die dazugehörigen Berufsfelder informiert. Weitere Themen: Studienfinanzierung, Werkstudium, Wohnen, Frau und Studium, Studienanfang, Lateinergänzungsprüfungen, Hochschulporträts, Berufe für die dritte Welt, Arbeits- und Lerntechnik u. a. m.

Bestellen Sie das Inhaltsverzeichnis (gratis)!

perspektiven

Steinwiesstrasse 2, 8032 Zürich, Tel. (01) 47 50 27

- Heft 2/80 zu 4 Fr.
- Jahresabonnement (4 Hefte ab Heft . . .) zu 15 Fr.
- Gesamtverzeichnis aller bisher erschienenen Artikel (gratis)

Name: _____
Adresse/Ort: _____

das konzept - Kreuzworträtsel Diesmal mit Spezialpreisen!

Beachten Sie Seite 12

Rechtsservice

Haben Sie Probleme mit den komplizierten Verfahren unserer Justiz und möchten Sie einen fortschrittlichen Anwalt ins Vertrauen und zu Rate ziehen, dann wenden Sie sich ans «konzept». Wir geben Ihnen auf Anfrage Adressen von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich bekannt. Wir können Ihnen nicht Ihr Recht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie:
das konzept
(01) 47 75 30

das konzept

hat eine Liste zusammengestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel liberal und unkompliziert handhaben.

Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf Informationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Erfahrungen, die mit diesen Adressen gemacht werden, finden etwa halbjährlich ihren Niederschlag in einer Neuauflage dieses Merkblatts.

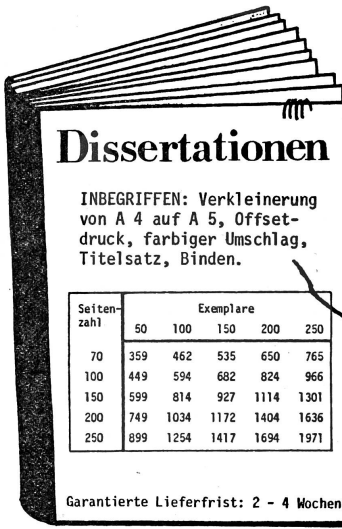
Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redaktion, und legen Sie ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert bei.



Sofort zugreifen:
U.S. Army-Schlafsack
Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben, ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreisen.



89 Fr.
Brutto
zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 10 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt (mit Legi oder Photokopie davon): 10%
Bestellen oder Prospekt anfordern.
NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ☎ (031) 55 33 66
Weiterhin führen wir u. a. folgende Artikel: über 30 Schlafsackmodelle, 40 verschiedene Jacken- und Lumbertypen, Army-Hemden, Seesäcke, Winterfüsstlinge, Lederstiefel und viele andere praktische Armeegebrauchsgegenstände.



Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

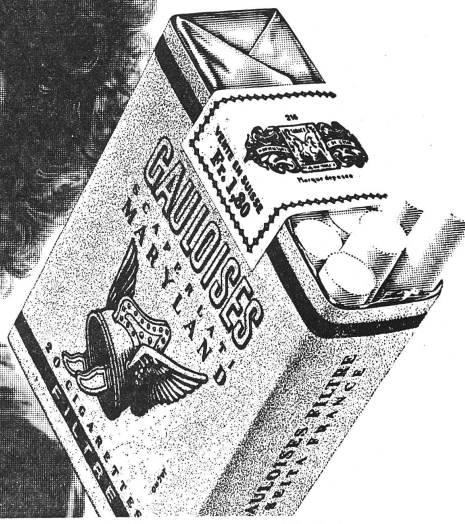
| Seitenzahl | Exemplare | | | | |
|------------|-----------|------|------|------|------|
| | 50 | 100 | 150 | 200 | 250 |
| 70 | 359 | 462 | 535 | 650 | 765 |
| 100 | 449 | 594 | 682 | 824 | 966 |
| 150 | 599 | 814 | 927 | 1114 | 1301 |
| 200 | 749 | 1034 | 1172 | 1404 | 1636 |
| 250 | 899 | 1254 | 1417 | 1694 | 1971 |

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG COPY-CENTER
ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

Salü...



La cigarette. 12 mg / 0,8 mg

ADVCC 004

Droht eine neue Wohnungsnot?

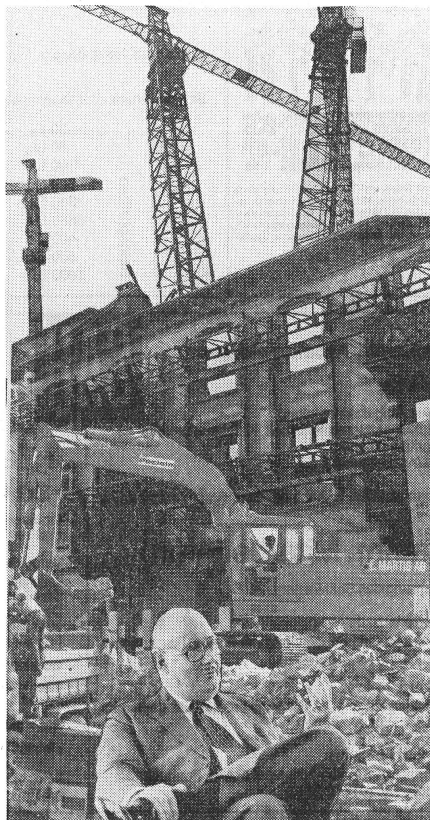
Die Unwirtlichkeit der Städte – 1980

Von Daniel Wiener

Die Hypothekarzine steigen. Der Leerwohnungsbestand sinkt. Steht und eine neue Wohnungsnot bevor?

Nach sind Obdachlose selten, und Strassenschlachten drehen sich hierzulande vorläufig eher um Opern- als um Wohnhäuser. Aber die scheinbare Ruhe auf dem Wohnungsmarkt gleicht einem Pulverfass, dessen Zündschnur vor 20 Jahren zu glimmen begann: 1960 bis 1963 erreichte der Babyboom der Nachkriegsjahre seinen Höhepunkt. Und diese Kinder sorgen jetzt nicht nur für überfüllte Mittelschulen, eine grosse Lehrstellen-Nachfrage und florierende Jugendzeitschriften. Sie wollen auch von zu Hause ausziehen. Aber wohin?

Auf ihrer Wohnungssuche treffen sie – Zufall oder auch nicht – auf steigende Hypothekarzine, steigende Bodenpreise, steigende Baukosten und auf ein wachsendes Bedürfnis von institutionellen Anlegern (Versicherungen, Pensionskassen, Banken), ihr langfristiges Kapital in Schweizer Grund und Boden zu verlocken (siehe Kästen).



Basel, Bern und Zürich kaufen
Die sogenannte 2. Säule (siehe «das Konzept» Nr. 5/80) trägt schon heute – rund 50 Jahre vor ihrem Vollausbau – wesentlich zur Verteuerung der Liegenschaftspreise und damit der Wohnungsmieten bei. Allein in der Stadt Basel gibt es 700 Pensionskassen. Gesamt-schweizerisch haben sie heute ein Vermögen von 65,6 Milliarden Franken angehäuft. Bis zum vollständigen Ausbau des Pensionskassensystems im Jahr 2030 werden diese Altersvorsorgeinstitute die unversteuerten Summe von 1,2 Billionen Franken (oder etwa zehnmal unser heutiges jährliches Brutto-sozialprodukt) verwalten. Davon werden mindestens 30 Prozent in Immobilien angelegt sein. Für diese 400 Milliarden Franken könnten die Pensionskassen heute alle Liegenschaften und den Boden von Basel, Bern und Zürich zusammen kaufen.

In den letzten Monaten sanken als Folge der gestiegenen Nachfrage die Leerwohnungsbestände in allen Städten rapide, während der Bau von neuen Wohnungen nur schleppend vorangeht. In Basel liegt der Anteil der leeren Logis nur noch knapp über der ominösen Grenze von 0,5 Prozent. Wenn nur noch gerade jede 200. Wohnung leer steht, reden die Statistiker (und die Mietgerichte) offiziell von Wohnungsnot. Der Chef der Basler Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, Oskar Schmutz, ist aber gegen solche Zahlenkläuberei: «Wir müssen doch sehen, dass die 500 leeren Wohnungen in Basel zum grössten Teil teure Einzimmerappartements sind, die den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden gar nicht entsprechen.» «Es besteht heute ein Mangel an Drei- und Vierzimmerwohnungen», bestätigte auch Pasquale Gasparini, einer der Löwen im Basler Spekulantenzirkus, gegenüber «das Konzept». Die studentischen Wohnungvermittler (WoVe Basel) klagen ebenfalls über katastrophalen Platzmangel, und der Umfang des offiziellen baselstädtischen Wohnungsangebots ist innert Jahresfrist um mehr als die Hälfte geschrumpft. In anderen Städten ist die Situation womöglich noch dramatischer. Die Wohnraumknappheit treibt die Preise in die Höhe und verführt Architekten, Spekulanten und Bauun-

Berner Wohnungsmisere
In Bern gibt es längst keinen Wohnungs-Markt mehr: Bei der Leerwohnungs-zählung vom Dezember 1979 wurden noch 87 freistehende Wohnungen (0,13 Prozent) registriert. Effektiv betrug aber der Leerwohnungsbestand praktisch Null. Denn: Von den statistisch leeren Wohnungen waren 46 solche mit nur einem Zimmer, darunter 36 aus einer Alterswohnsiedlung einer grossen Versicherungs-gesellschaft, die unvermietbar, da zu teuer, sind. Nur 38 leere Wohnungen hatten drei oder mehr Zimmer. Sie waren jedoch zum grössten Teil bereits auf einen späteren Zeitpunkt vermietet.
Im Breitenrainquartier kam es Ende April nach fast dreijähriger Ruhe vor dem Sturm – die letzte Häuserbesetzung, jene der «Spitalacker-Beiz», war im Sommer 1977 durch die Polizei beendet worden – wieder zu einer Häuserbesetzung. Anstelle von zwei vom Abruch bedrohte Liegenschaften mit billigen Familienwohnungen sollten von der Baufirma Bill AG Neubauten erstellt werden. Die Behörden hatten keine Möglichkeit, die Pläne der Hausbesitzer zu verhindern. Zwar ist die Stadt Bern dem Wohnungserhaltungsgesetz, das nach einer Häuserbesetzungswelle Anfang der siebziger Jahre geschaffen wurde, unterstellt. Doch bisher hat die Bauböly, in den zuständigen Gerichten gut vertreten, alle Erhaltungswünsche der Mieter abweisen können.

ternehmer zu risikoreichen Investitionen (teure Käufe, Luxurrenovationen), die dann der Mieter ausbaden muss.
Der Basler Hausbesitzerverein (HBV) notierte im Mai 1980 in seinen «Informationen», die als Inserate regelmässig in allen Zeitungen der Nordwestschweiz erscheinen: «In einer vor kurzem veröffentlichten Erhebung über die Haushaltsgeldausgaben von Unselbständigerwerbenden wurde festgehalten, dass 1975 durchschnittlich 12,4 Prozent aller Ausgaben auf Mieten entfielen, verglichen mit 18,1 Prozent in den Jahren 1936/37. (...) Die Mieter stellen sich also heute besser als vor dem Krieg – und dies bei erheblich höherem Wohnkomfort. Das darf auch einmal gesagt werden.»
Warum muss das gerade jetzt gesagt sein? Die Hausbesitzer kennen diese Untersuchung von 1975 schon seit mindestens zwei Jahren. Mit diesem – im «Trumpf-Buuer»-Stil aufgemachten – Inserat soll dem Publikum offenbar die bevorstehende Preisrunde auf dem Wohnungsmarkt schmackhaft gemacht werden. Der Hausbesitzerverein verschweigt denn auch nicht zufällig die fetten Gewinne, die seine Mitglieder in den letzten fünf Jahren dank sinkenden Hypothekarzinsen abgeschöpft haben, indem sie die Kostenerlasse der Bankkredite nicht an die Mieter weitergaben. Nachdem auf den 1. April 1980 erstmals seit Mitte 1975 die Hypothekarzine wieder stiegen, sollen nun die Mieter sofort zu Kasse gebeten werden.
«Mieterschutz ohne Kündigungsschutz wertlos»
In den meisten Städten sind aber Mietpreisaufschläge nicht unbeschränkt möglich. Dank dem Bundesgesetz gegen Missbräuche im Mietwesen – dem aber nicht alle Gemeinden der Schweiz unterstehen – können Mieter gegen übertriebene Zinserhöhungen Einsprache erheben. Aus Angst vor der Kündigung geschieht das aber selten. Dazu Oskar Schmutz: «Der Mieterschutz ist wertlos, weil es keinen genügenden Kündigungsschutz gibt.»
Und selbst die kleinen Klippen des Kündigungsschutzes umschiffen Immobilienfirmen elegant: Sie werfen den vom Vorwand der Renovation die alten Mieter auf die Strasse, versehen die Wohnungen mit teilweise übertriebener Komfort (Tumbler, Geschirrspüler, Spannteppiche, Lift), um anschliessend neue, finanzstarke oder, wie es in den Inseraten heisst, «solvente» Mieter hereinzunehmen.

Unnötiger Luxus
Die alten Mieter finden auf dem angespannten Wohnungsmarkt nur noch schlechtere Wohnungen zum gleichen Preis oder gleich gute Wohnungen zu höheren Zinsen. Durch diese Umschichtung sichern sich die Immobilienbesitzer und die sie finanzierenden Banken im-

Gespräch mit Städteplaner Lucius Burckhardt

Planen für die Gegenwart

Professor Lucius Burckhardt, Exilbasler und seit über zwei Jahrzehnten auf dem Gebiet der Stadtplanung tätig, geht mit den heutigen Stadtplanern hart ins Gericht – ob sie nun Stadtautobahnen oder Wohnstrassen bauen.
«das Konzept»: Die «Unwirtlichkeit der Städte» wird seit zehn Jahren beklagt, aber konkrete Erfolge in der Bekämpfung des Bevölkerungsschwundes und der Überalterung können die Zentren nicht vorweisen. Im Gegenteil. Wo sind für Sie heute die wichtigsten Ansatzpunkte, um die Städte wieder bewohnbar zu machen?

Gegen Stadtautobahnen und Wohnstrassen
Burckhardt: Reden wir zunächst von der Verkehrsplanung. Die Hierarchisierung der Strassen, am einen Ende Wohnstrassen, am anderen Autobahnen, die ist grundlegend falsch. Man muss das bestehende Strassennetz aus dem 19. Jahrhundert beibehalten: Es ist ein umweltfreundliches und kinderfreundliches System. Diese Strassen, gleichmässig befahren, erschliessen die ganze Stadt. Wenn sie die Kapazität des Autoverkehrs nicht mehr fassen, vermindert sich die Zahl der Autos. Die Strassen sind einfach voll, und man kommt nur mit einer bestimmten Geschwindigkeit

Mit Lucius Burckhardt sprach Daniel Wiener
voran. Jene Leute, die unbedingt das Auto brauchen, kommen aber immer an ihr Ziel. Natürlich entsteht so in gewissen Strassen der Eindruck von Verstopfung. Der Bau von Autobahnen einerseits und Wohnstrassen auf der anderen Seite führt aber garantiert zu einer viel schnelleren Verstopfung.
Wenn wir die Stadt Basel so erschliessen, wie es geplant ist, kommen Tausen-

der grössere Anteile am Einkommen der Bevölkerung.

Diese Entwicklung trifft zuerst Rentner, Jugendliche in Ausbildung, Fremdarbeiter, Wohngemeinschaften und vielköpfige Familien. Diese sogenannten Randgruppen umfassen in den besonders hart betroffenen Städten einen grossen Teil der Bevölkerung. Für sie ist die Wohnungsnot schon heute akut. Typisch die Situation der Wohngemeinschaft Mittlere Strasse 40 in Basel: «Ende Juni ziehen wir aus unserer Wohnung nach einem Jahr Mietdauer wieder aus», berichtet Jürg Dalchiger. Im Sommer 1979, nach dem Massenausbruch am Unteren Rheinweg in Basel (160 Mieter mussten einer Luxurrenovation unter Polizeidrohung weichen), fand seine WG an der Mittleren Strasse eine Bleibe: «Wir haben sechs Zimmer, zwei grosse (mit je 21 qm) und vier kleine (mit 10 und 12 qm), und zahlen dafür 1300 Franken inklusive Nebenkosten. Wir sind fünf Leute, vier Studenten und ein Assistenzarzt, der für sein Zimmer 500 Franken bezahlt. Nur weil der soviel bezahlt, konnten wir als Wohngemeinschaft zusammenbleiben.»

Ab Juli hat der Assistenzarzt in Baden eine Stelle und zieht dorthin. Die WG an der Mittleren Strasse stand vor der Alternative, entweder noch mehr zu bezahlen für die kleinen Zimmer oder jemand anderen zu finden, der die 500 Franken hinblättern.
Jürg Dalchiger: «Die Wohnung hat eine moderne Einbauküche, Waschmaschine und Tumbler, ein modernes Badezimmer und Spannteppiche. Diesen Komfort möchten wir gar nicht. Den Tumbler haben wir etwa dreimal benutzt. Eine billige, einfache Wohnung fanden wir nicht. Jetzt müssen wir auseinander.»
Markus zieht zu seiner Freundin in ihre Zweizimmerwohnung (provisorisch), Annelies hat eine WG gefunden, Brigitte fährt erst mal in die Ferien und schaut dann weiter. Jürg hat zusammen mit drei Kollegen in Zunzgen auf dem Land ein Haus gekauft, um endlich nicht mehr hin und her geschoben zu sein.

Hauskauf als letzte Rettung?
Immer mehr teils sehr junge Leute sind heute gezwungen, Hausbesitzer zu werden, um überhaupt für längere Zeit eine feste Unterkunft zu finden. Sie schliessen sich zu Genossenschaften zusammen und suchen Liegenschaften. Der Eigenkapitalaufwand war zwar noch nie so niedrig (die Banken finanzieren bis zu 90 Prozent), aber die Lage auf dem Immobilienmarkt ist – angesichts der Wohnungsnot – gespannt. Wohngemeinschaften spielen bei der Preistreiberie eine wichtige Rolle. So steigerten sich

Wohnmiserie

Besitzen statt besetzen?

Die Idee, ein Haus zu kaufen, kommt vielen Wohngemeinschaften in der Not: Monate- und jahrelang haben sie ein passendes Mietobjekt gesucht, stiessen aber bei allen guten Angeboten auf ablehnende Vermieter. Inzwischen ist es Mode geworden, aus der Not eine Tugend zu machen: Wohngemeinschaften auf expansionistischem Kurs, also Gruppen, die über ihren Eigenbedarf hinaus Häuser posten, sind keine Seltenheit mehr. Nichts dagegen, wenn alternative Immobilienhändler ihre Erfahrungen anderen Wohngemeinschaften weitergeben. Wer den Hauskauf aber als Allheilmittel gegen die Wohnmiserie anpreist, handelt kurzfristig: Auch Wohngemeinschaften müssen vor dem Antritt ihrer Häuser angestammte Bewohner hinauswerfen. Auch sie zahlen Zinsen, und an ihrem Wohnbedürfnis verdienen – nicht anders als bei gewöhnlich Sterblichen – in erster Linie die Banken.

Apstel des Hauskaufs durch Wohnungsgenossenschaften verlieren oft auch die politischen Perspektiven des Mieterkampfes aus den Augen. So sind bei der Basler Mieteraktion, die gegenwärtig zusammen mit einem Quartierkomitee die Besetzung von vier Häusern mit 32 Wohnungen an der Ryffstrasse plant, nur ganz selten Hausbesitzer von Wohnungsgenossenschaften zu Gast. Ihre Energie investieren sie vorwiegend und zwangsläufig in Renovationsarbeiten, Administration des Eigentums und Pflege der Nachbarschaft. Wo zu noch Mieterkampf, wenn man Hausbesitzer ist? So entpuppt sich die Kaufsidee als – ungewollte – Alternative zur Mieterbewegung, nicht anders als der genossenschaftliche Wohnungsbau der zwanziger und dreissiger Jahre, der sich langfristig als Kitt der Eigentumsverhältnisse erwies.
Daniel Wiener

PS. Die Besetzungsaktion an der Basler Ryffstrasse beginnt in wenigen Tagen. Wer mitbesetzen möchte, kann sich über Telefon (061) 25 09 24 melden. Spenden für die Instandstellung der Häuser bitte auf PC 40 - 37 473, Mieteraktion Basel, Vermerk Ryffstrasse.

an einer staatlichen Hausgant in Basel zwei Langhaarige vor der Kulisse von 50 kaufwilligen, grau in grau gekleideten Damen und Herren den Preis für ein Mehrfamilienhaus gegenseitig in die Höhe. Der glückliche (?) Käufer aus der Alternativbewegung musste dann seinerseits die angestammten Mieter auf die Strasse stellen.

Besetzungsrecht für Leerwohnungen
In vielen europäischen Städten gibt es Gesetze, die die Besetzung von leerstehenden Häusern erlauben. Wäre das ein taugliches Mittel, um den absichtlichen Verschleiss von Häusern zu verhindern?

Solche Gesetze haben einen symbolischen Wert. In Frankreich darf ein Haus, das 48 Stunden lang besetzt gehalten wird, nicht mehr geräumt werden. Ich würde es wichtig finden, wenn wir ein solches Gesetz hätten, aber es ändert nicht viel an den Zuständen.

Velowege statt Autostrassen
Gibt es andere politische Mittel, um die Stadtplanung stärker in die Hände der von ihr betroffenen Bevölkerung zu legen?

Die Wohnqualität hängt am Quartier. Die Lebenskraft und die Annehmlichkeit der Quartiere könnten dadurch erhalten werden, dass die Quartiere beschlussfassende Kompetenzen bekommen.

Würde die Stadt dadurch nicht auseinandergerissen?

Ich glaube, die Stadt fällt heute eher wegen unserer zu grossen Planungen auseinander. Die grosskotzigen Planungen sind für niemanden, sie sind für Leute, die es noch gar nicht gibt. Man müsste für die Leute planen, die jetzt hier wohnen. Und was für sie gut ist, das wissen die Leute am besten selbst. Man darf allerdings auch nicht unterhalb die Planungsebene der Quartiere gehen. Sonst würden zu starke Einzelaktionen – Typus Wohnstrasse – entstehen. Auf der Ebene Quartier könnte ein politischer Konsens erzielt werden. Wir haben mit unseren Studenten von der Gesamthochschule Kassel aus die Stadt Pavilla untersucht. Dort hat der Stadtrat sogar Finanzkompetenzen an die Quartiere abgetreten. Darauf sind in Pavilla tatsächlich Autostrassen zugunsten von Velowegen abgelehnt worden.



Die Telefonzeitung

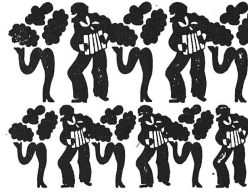
braucht Hörer, Informanten und Gönner (01/242 11 12) (01/242 63 27) (PC 80 - 53650)

DAS GIBT'S DOCH NICHT !



ADAG COPY-CENTER
ADMINISTRATION & DRUCK AG

VOLKSFEST FESTA POPOLARE FESTA POPOLARE



POCH-HELVETIARERZ-PÖH SAMSTAG, 21. JULI - 02

Ab 14 Uhr mit Musik und Tanz u.a. mit Musik von Schürmli, Sittler, Murphie, ausländischen Gruppen und Sängern, Attraktionen, Zeit für Diskussionen, Information, Ausstellung, Film zum Thema «Mitenand», Kinderprogramm am Nachmittag, kulinarische Spezialitäten und vielem mehr.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo-Fr 08.30-18.30
Sa 10.00-13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien – Normal 20 Rp. – Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 15 Rp. – mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

| Schnelldruck | (ab einer Vorlage) | 1-seitig | | 2-seitig | |
|--------------|--------------------|---------------|--------------------|---------------|--------------------|
| | | Reinschriften | Dissertationsdruck | Reinschriften | Dissertationsdruck |
| | 30 Ex. | 4.50 | 9.— | | |
| | 50 Ex. | 5.50 | 10.50 | | |
| | 100 Ex. | 7.50 | 14.50 | | |
| | 200 Ex. | 15.— | 28.— | | |
| | 300 Ex. | 21.— | 38.— | | |
| | 350 Ex. | 23.— | 42.— | | |
| | 400 Ex. | 25.50 | 44.50 | | |
| | 500 Ex. | 28.— | 52.— | | |
| | 1000 Ex. | 40.— | 73.— | | |

Das Schweiz. Arbeiter-Hilfswerk

befasst sich mit

- sozialen Aufgaben im Inland
- Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe, Solidaritätsaktionen
- Flüchtlingsbetreuung

Wir suchen auf den 1. Juli 1980 oder nach Vereinbarung eine(n)

kaufm. Mitarbeiter(in)

für die Führung des Sekretariats.

Wir erwarten:

kaufmännische Grundausbildung mit Praxis, Französischkenntnisse, Sinn für Organisation.

Wir bieten:

gute Sozialleistungen, 42-Stunden-Woche bei gleitender Arbeitszeit, 4 Wochen Ferien.

Offerten und Auskunft:

Schweizerisches Arbeiter-Hilfswerk (SAH), Postfach 8031 Zürich, Tel. (01) 42 26 00



Das Schweiz. Arbeiter-Hilfswerk

sucht für seine Auslandsabteilung

**Katastrophen- und Nothilfe
Entwicklungszusammenarbeit
Solidaritätsaktionen für politisch Verfolgte**

1 Teilzeitmitarbeiter(in)/ -sekretär(in), ca. 50%

für die selbständige Bearbeitung der organisatorisch und administrativ anfallenden Arbeiten.

Voraussetzungen:

kaufmännische Ausbildung und Praxis (Korrespondenz nach Stichworten und selbständig), sehr gute Französisch- und Deutschkenntnisse. Ein aktives Interesse für entwicklungspolitische Zusammenhänge ist unerlässlich. Kenntnisse in Spanisch, Englisch und Italienisch sind von Vorteil, aber nicht Bedingung.

Wir bieten:

eine anspruchsvolle und ausbaufähige Tätigkeit, gleitende Arbeitszeit, gute Sozialleistungen.

Besoldung: gemäss Ansätzen für das Bundespersonal.

Eintritt: möglichst bald oder nach Übereinkunft.

Bewerbungen sind zu richten an:

SAH, Auslandhilfe, Quellenstrasse 31, Postfach, 8031 Zürich

Die 4. Gewalt.

Um die andere Facette der «Times»-Affäre wenigstens zu erwähnen - nie war es so nötig, eine unabhängige Zeitung in Grossbritannien zu haben, wie angesichts einer Regierung, die alle Möglichkeiten der «elective dictatorship», der «Wahldiktatur» (ein Ausdruck des gegenwärtigen Lord Chancellors Lord Hailsham!) erbarmungslos ausnutzt. Da helfen keine Zeitungen, die von vornherein Partei sind; da helfen nur solche, die bereit sind, der Regierung eine Schonfrist der Unterstützung zu geben, die aber auch mit Argumenten, nicht mit Ressentiments oder billiger Polemik, offiziell Politik unter die Lupe der Kritik nehmen.

Je weniger parlamentarische Institutionen in der Lage sind, argumentierend Politik mitzugestalten, desto wichtiger sind Zeitungen, die den Regierenden das Leben unbequem machen. Das ist richtig zu verstehen. Es ist nicht ein Argument für den modischen Enthüllungs-Journalismus als solchen, sondern für einen Journalismus, der gründliche Recherchen mit klarer, für den Leser kontrollierbarer Argumentation verbindet.

Das macht sich auch der Tages-Anzeiger zur Aufgabe: recherchieren, argumentieren - Dinge auf den Tisch legen statt sie einfach vom Tisch wegfegen. Ein Grundsatz, der ein Grund sein könnte, den Tages-Anzeiger zu abonnieren. Noch ein Grund: **Als Student bekommen Sie den Tages-Anzeiger mit dreissig Prozent Rabatt.**

Ich möchte den Tages-Anzeiger einmal näher kennenlernen. Gratis, zwei Wochen lang.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren und von den dreissig Prozent Studentenrabatt profitieren.

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

vierteljährlich Fr. 23.60 jährlich Fr. 92.40
 halbjährlich Fr. 46.70

Vorname, Name

8003

Fakultät, Semester

Strasse

PLZ, Ort

(Bitte legen Sie eine Kopie Ihrer Legi bei.)

Tages-Anzeiger

Aus «Forderungen eines liberalen Zeitgenossen an die Zeitung», Referat von Prof. Ralf Dahrendorf, auszugsweise im Tages-Anzeiger vom 28.11.1979 erschienen.

VSS Die Seite der Studentenschaften

Ein Strafprozess gegen 10 Berner Studenten macht aktenkundig:

Von Christian Moser Bern

Uni-Leitung hat lieber Polizei als Diskussion

Trister Höhepunkt der langjährigen Zusammenarbeit zwischen der Berner Universitätsleitung und der Polizei: Dieser Tage stehen zehn Studenten, der Nötigung angeklagt, vor dem Strafrichter des Amtsgerichts VII in Bern. Dass dabei der ehemalige Bundesanwalt und heutige Jus-Professor Hans Walder eine übelle Rolle spielt, ist weiter nicht erstaunlich.

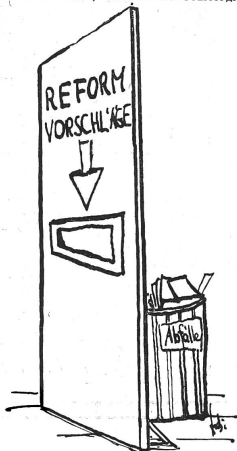
Mit dem Stellenantritt von Professor Niehans im Wintersemester 1977/78 begann an der Uni Bern ein Skandal, dessen (politische) Ende noch nicht abzusehen ist. Ausgangspunkt war ein von Niehans initiiertes revidiertes Studienreglement für die Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Abteilung...

Wort «Streik». An einer Urnenabstimmung sprachen sich bei einer Stimmbeteiligung von fast 50 Prozent 80 Prozent für einen zweiseitigen Streik aus.

Dieser fand dann am 28./29. Juni 1979 statt und war ein voller Erfolg. Nicht nur die Studenten (die derselben Fakultät angehören wie die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler), sondern auch Studierende anderer Fakultäten solidarisierten sich...

Streik und «Go-in»

Die Abteilung ging aber nicht auf diese Anträge ein und begann mit der Beratung des Niehans-Entwurfs, an dem auch «Soziologie» steht.



Fotograf Walder

Was danach geschah, wird auf das besondere Betreiben von Ex-Bundesanwalt Hans Walder (Jus-Dozent an der Berner Uni) von der Justiz als «Nötigung und Hinderung einer Amtshandlung» ausgelegt.

Während der Sommerferien 1979 blieb es ruhig, doch im Spätherbst verabschiedete die Berner Regierung das Reglement endgültig. Sie folgte den Professoren, ohne die studentische Argumentation auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

VSS-Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» diskutiert das «Lausanner Modell»

Von Marianne Ulmi, Präsidentin VSS

Weil es den Lehrenden nicht gutgeht, sollen es auch die Studierenden nicht besser haben... Im letzten «konzept» wurde der VSS eine Sozialpolitik nach diesem Motto beauftragt. Entnommen wurde die Information einem Kommentar zum Lausanner Modell, der am VSS-Seminar «Für eine gerechte Ausbildungsfinanzierung» gemacht und in der «NZZ» geschrieben wurde.

Der 68er Geist ging bekanntlich sogar an der Schweiz nicht ganz spurlos vorbei, auch am VSS nicht. Am nächstgelegenen drückte sich das vielleicht im Entwurf «Lausanner Modell» (LM) aus...

Was war das Lausanner Modell?

- Die Zielvorstellungen des LM waren kurzfristig: Erhöhung des prozentualen Anteils der Studenten aus unteren Schichten der Gesellschaft als Beitrag zur Erreichung der Chancengleichheit; Verbesserung der sozialen Lage der Studenten (Abbau der Konfliktsituationen, die durch finanzielle Probleme verursacht sind); Verwirklichung der tatsächlichen Mündigkeit der Studenten und Schüler der höheren Ausbildung; reale Öffnung aller Bildungswege für die mündigen Schüler und Studenten aller sozialen Schichten.

Ist das LM ständisch?

Oder: Könnte Chancengleichheit auf dem Weg der freiwilligen Solidarität unter den Akademikern tatsächlich erreicht werden? Gerade jene Bürgersöhne und -töchter, die mit einem regelmässigen «Studentenlohn» von ihrem Vater rechnen könnten, würden

wusste noch fünf Tage vor dieser Verabschiedung durch die Regierung überhaupt nichts über dieses Reglement; dies hinderte ihn jedoch nicht, es seinen Kollegen schmackhaft zu machen.

Ende September erhielten die Studenten Kenntnis vom gerichtlichen Ermittlungsverfahren. Anfang 1980 dann wurden zehn Studenten einvernommen. Sie konnten dank Walders Fotos durch Zeugen (Rechtsausen-Professoren) eruiert werden. Dabei spielte die Oberassistentin Meyer vom Soziologischen Institut eine besonders trübe Rolle.

Artikel 181 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs kommt den Repressionsbehörden immer wieder entgegen. Die «Nötigung» scheint wie geschaffen zur Verfolgung studentischer Aktionen. Bereits anfänglich der «Hirschy-Krawalle» fanden die Justizler hier den Aufhänger und verurteilten einen Studenten zu 15 und drei zu 7 Tagen Gefängnis bedingt.

... und immer wieder Polizei

Während des oben beschriebenen Streiks und auch danach bei der Mitbestimmungsaktion im Fakultätszimmer stand die Berner «Hermandad» auf Piktet. Was zuerst wieder bestätigt noch entschieden dementiert worden war, steht heute aktenkundig fest: Die Leitung der Berner Uni meint auch heute noch, inneruniversitäre Probleme mit einem möglichst grossen Polizeiaufgebot lösen zu können.

hersch früher die herrschende war. Vom Fall Hirschy (9. 2. 1973) war bereits kurz die Rede; damals wurde auf den Einsatz der Polizei verzichtet, doch erklärte daraufhin Rektor Nef, eine der wichtigsten Erkenntnisse dieses Freitagabends sei die «Notwendigkeit von Vorkehrungen zum Schutz der Grundrechte».

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erfachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

das Institut. Vier «Rädelsführer» wurden herausgepickt und abgeurteilt. Während des Prozesses gegen diese vier gab's nochmals Polizei, um gegen diejenigen vorzugehen, welche gegen die «Polizei an der Uni» demonstrierten. Leider schon mehrere Jahre zurückliegende Zitate von Dozentenseite zeigen, wie es auch sein könnte: «Die Polizei ist ihrer Natur nach der Universität völlig fremd. Die universitären Unruhen bedeuten weder ein Verkehrschaos noch die Ausübung eines Verbrechens.»

Falsche Betroffenheit

Korrektur zu «Keine Mütter in Männerberufen» in «das Konzept» 5/80. Beim im Bericht erwähnten Professor A. von der Universität Bern handelt es sich um ein unglücklich gewähltes Pseudonym. Der tatsächlich existierende Professor A. kann aufatmen. Ihn haben wir ausdrücklich nicht gemeint.

Vorstand: Marianne Müller, Marianne Ulmi, Stephan Andrejegen

Was an der Uni nicht gelehrt werden darf

Gegenskrift

Am 28./29. Juni 1979 streikten die Berner Ökonomen gegen ein neues Studienreglement. An mehreren Veranstaltungen während des «produktiven Streiks» diskutierten Studenten aus allen Fakultäten nicht nur über das Was. Die Frage nach den einseitigen Studieninhalten wurde aufgeworfen.

Schweizerische Bildungspolitik: Ende der sozialen Selektion? Mit

- Hans Hehlen, Autor des Buches «Bildung als Herrschaftsmittel von Menschen über Menschen»
- Nationalrat Alfons Müller-Marzohl

Energie, Technologie, Rationalisierung: Problemloses Wachstum? Mit

- Theo Ginsburg, ETH-Umweltspezialist
- Beat Kappeler, Gewerkschaftssekretär
- Werner Mäder, ehemaliger Mitarbeiter des Gottlieb-Duttweiler-Instituts

Wirtschafts- und Klassenstruktur der Schweiz: Ende der Klassengesellschaft? Mit

- Ruedi Strahm, SPS-Zentralsekretär
- Francois Höpfinger, Soziologisches Institut Zürich
- Jürg Frischknecht, Mitglied des Demokratischen Manifests
- Otto F. Walter, Schriftsteller

Das «Gegenskrift» umfasst 128 Seiten, ist gebunden, und der Verkaufspreis beträgt nur 3 Fr. (Druck-Selbstkosten).

Bestellungen: Studentenschaft der Uni Bern (SUB), Erfachstrasse 9, 3012 Bern, Telefon (031) 23 00 03. Studentische Buchgenossenschaft Bern, Uni-Hauptgebäude.

Polybuchhandlung Zürich Studentischer Buchladen bei der Zentralstelle der Uni Zürich Studentenschaft der Universität Basel (StUB)

Professor Rüegg wesentlichen Anteil hatte. Am 21. Juni 1978 verabschiedeten 96 Studenten der Abteilung eine Resolution, in der sie sich gegen die geplante Reglementsrevision aussprachen.

* Vgl. «das Konzept» 4/80 «Was taugt die Mikroökonomie des Berner Professors Jürg Niehans?»

Berner Studenten lancieren Uni-Gesetzesinitiative

Die Studentenschaft der Uni Bern hat sich an ihrer Generalversammlung für die Unterstützung der vom Basiskomitee vorbereiteten «Initiative zur Totalrevision des Unigesetzes» entschieden. Dies, obwohl sich der Studenterrat für eine Ablehnung entschlossen hatte. Damit sollte einer Lancierung gegen Ende dieses Jahres nichts mehr im Wege stehen.

Die Sachgesetzlichkeiten präsentierten Verschulungsreglemente, die undemokratische Personalpolitik (Fall Saner) und den Druck auf alternative Lehrinhalte mit einem selbständig initiierten und konstruktiven Projekt vorzugehen. Ein Projekt, das für die Mitarbeit einer breiten studentischen Basis geeignet ist.

Der Vorstoss in Form einer Uni-Gesetzesinitiative hat sich um so mehr aufgedrängt, als eine Teilverision von behördlicher Seite, welche die obengenannten restaurativen Tendenzen juristisch absichern möchte, in der Vernehmlassung steckt. Die Mitbestimmung wird dabei selbstredend ausgeklammert. Mit der Initiative kann sowohl inhaltlich als auch politisch-juristisch ein Gegenverschlag geschaffen werden.

Die Initianten sind sich der Schwierigkeiten einer Lancierung und der kurzfristig relativ geringen Erfolgsaussicht einer Initiative vor dem Bernerovoll wohl bewusst. Ihr Vorgehen wird aber dadurch bestärkt, dass eine Initiative als politisches Kampfmittel nicht unwesentliche Nebeneffekte aufweist. So wird sie mit einer breiteren Mobilisierung und einem kollektiven Lernprozess der Studenten verbunden sein und ebenso mit der Aufgabe, in ausseruniversitären Kreisen Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Die Sicherung des freien Zugangs zur Uni und die Verbesserung der Chancengleichheit in bezug auf qualifizierte Hochschulbildung durch die Erleichterung des zweiten Bildungsweges sollen bestätigt bzw. eingeführt werden.

Am vollständig formulierten Initiativtext (dies übrigens ein Novum für den Kanton Bern) werden nur noch einige geringfügige Modifizierungen vorzunehmen sein. Die bestehende Fassung beinhaltet Forderungen, die in den letzten Jahren von studentischer Seite immer wieder aufgetaucht sind.

- Den Hauptpunkt des Entwurfs bildet die Mitbestimmung. In allen Organen der Uni soll die partizipative Mitbestimmung (inkl. des technischen Personals) verankert werden.
- Um die Mitbestimmung inhaltlich geltend zu machen, wird sie an eine dezentrale Struktur der Univerwaltung gekoppelt. Die Entscheidungskompetenzen werden so weit als möglich auf die einzelnen Institute, Kliniken, Fachgruppen übertragen.
- Eine gewisse öffentliche Kontrolle der Universität soll gewährleistet sein, indem der Uni-Rahmenplan dem fakultativen Referendum unterliegt.

Dieser Entscheid für die Initiative, von einer deutlichen Mehrheit der etwa 600 anwesenden Studenten, darf zugleich als Auftakt zu einer offensiven und eigenständigeren Politik der Berner Studentenschaft verstanden werden. Die Initiative wird vom Basiskomitee im Rahmen einer längerfristigen Strategie gegen die extrem restaurative Bildungspolitik der Fakultäten und der Berner Regierung verstanden. Sie stellt eine Möglichkeit dar, gegen

Studiengeld – kein Sonderrecht für Bürgerkinder

tigten weiterhin eine nicht rückzahlbare Ausbildungsbeihilfe gewährt würde. Damit wären die Startchancen für Leute aus sozial schlechter gestellten Schichten tatsächlich besser.

Gesamtschweizerische Gleichbehandlung/ Bundeskompetenz: Das heutige Stipendiensystem kennt in den verschiedenen Kantonen sehr unterschiedliche Standards für Zuspächie und Bemessung der Stipendienleistungen, was generell zur Benachteiligung der ärmeren Schichten aus finanzschwachen Kantonen führt.

eine solche Darlehenskasse doch nur in den seltensten Fällen benutzen. Aber auch dem Einwand, dass sich der Bezug von Darlehen, solidarische Rückzahlungsbedingungen hin oder her – hemmender auf jene Studenten auswirken, die nicht eine Erbschaft erwarten können, als es beim Bezug von Stipendien der Fall ist, kann das LM kaum standhalten.

Gleichbehandlung aller in (Aus-)Bildung Siehenden: Eine existenzsichernde Ausbildungsfinanzierung muss in allen Bereichen garantiert werden. Die verschiedenen zur Verfügung stehenden Finanzquellen müssen von der öffentlichen Hand koordiniert und wo nötig ergänzt werden.

Wie weiter?

Das ist klar: Das Stipendienwesen ist nach wie vor unbefriedigend. Die Verbesserungen Anfang der siebziger Jahre – sicher wesentlich durch das LM angeregt – wurden den Vorstellungen des VSS nie gerecht und werden jetzt sukzessive wieder rückgängig gemacht, drohen sogar massiv hinter den damaligen Stand zurückzufallen.

Wenn wir das LM als ein ständisches Modell zurückweisen, heisst das nicht, dass wir die Elternunabhängigkeit einfach begraben wollen. Aber wir haben Forderungen zur Ausbildungsfinanzierung dahingehend verändert und ergänzt: Bedarfsdeckung Die Ausbildungs- und Lebensunterhaltskosten des Studenten und des Lehrlings müssen existenzsichernd gedeckt sein.

Elternunabhängigkeit: Die Möglichkeit einer Elternunabhängigen Ausbildungsfinanzierung soll allen rechtlich Mündigen eingeräumt sein. (Vorgeschlagen wurde am VSS-Seminar etwa ein System, das grundsätzlich jedem in Ausbildung Stehenden die Möglichkeit zu Darlehen im Sinne des LM bieten würde, darüber hinaus aber den bisherigen Stipendienbereich

Die Diskussion am Seminar hat deutlich gezeigt, dass solche Forderungen nur unter einer gesamtgesellschaftlichen Optik haltbar sind. Und hier stellen sich dann auch die Probleme ein, die wir im Hinblick auf einen neuen Vorstoss im Ausbildungsfinanzierungssektor noch lösen müssen: Ist es verantwortlich, ein verbessertes Ausbildungsfinanzierungssystem (etwa im Sinne eines ergänzten LM) vorzuschlagen, ohne dass wir uns um die dafür notwendige Finanzbeschaffung kümmern? Oder: sollen wir konsequenterweise einen Reichtums-Bildungssteuer auf hohen Einkommen anstreben? Inwiefern müssen sie überhaupt langfristig kohärent sein?

Sicher aber wissen wir nach dem Seminar: Wir wollen eine Veränderung in der Ausbildungsfinanzierung. Denn ein ungenügendes Stipendienwesen ist eines der direktesten Mittel zur sozialen Diskriminierung. Wie unser Vorstoss genau aussehen wird, wird weitgehend von der Beantwortung der oben skizzierten Fragen abhängen. Marianne Ulmi

Interview mit dem Zürcher Jugendarbeiter Umberto Blumati:

Kultur als Revolte

«das Konzept»: Am ersten Juniwochenende vor dem Opernhaus – war das die gleiche Ausgangssituation wie beim Glöbus-Krawall? Die damals anstehenden Probleme wurden ja in den letzten zehn Jahren nicht gelöst. Noch immer gibt es in Zürich kein autonomes Jugendhaus.

Umberto Blumati: Diese Einschätzung ist richtig. Die Jugendlichen wollen einen Ort haben, wo sie sich treffen, diskutieren, Feste organisieren können. Ein solcher Ort war zum Beispiel das

gerlichen Sinn zu bilden. Aber man will ja gar keine Bürger, die politisch denken.

Ein weiteres Beispiel ist das Drahtschmidli. Dort wird jetzt zugunsten des Milchbuck der grösste Raum geopfert (Disco, Kleintheaterbühne, Treffpunkt). Trotz einer von 1250 Benutzern unterschriebenen Petition für neue Räume, konnte die Stadt keinen akzeptablen Ersatz anbieten. Auch die «Freaks am Frütli», eine Gruppe, die im Polyfoyer vor allem Konzerte organisierte, wurden abgelehnt. Im Musikrestaurant «Concordia» dürfen keine Jazz- und Rock-Konzerte mehr stattfinden. Der Jugendtreff in Schwamendingen scheiterte an der Sturheit und Schwerfälligkeit der verantwortlichen Stellen usw. Die wenigen grösseren Konzerte mit Massenandrang wurden vom Kommerz («Blick», «Good News») aufgesogen. Selbst das grösste Jugendfest Zürichs auf der Allmend blieb dieses Jahr nicht vom Zugriff des Kommerz verschont. Als aber Polo Hofer mit seinem «Schmetterling» gar die Werbetroffel für «Radio 24» und für eine Modeboutique rührte, wurde er ausgepöflet.

Im Fernsehen sagte Stadtpräsident Sigi Widmer, die Stadt gebe jährlich 10 Millionen Franken für die Jugend aus. Wohin geht denn eigentlich dieses Geld?

Es kann sein, dass tatsächlich 10 Millionen ausgegeben werden, aber da fallen verschiedene Posten darunter: Allein die Freizeitanlagen brauchen vier Millionen. Die Freizeitanlagen sind ein Werk der Pro Juventute, die bis Mitte der sechziger Jahre das Konzept hatte, die Frei-

auf etwa 475 000 Franken. Und davon profitieren vorwiegend die etablierten Jugendlichen, die in Jugendchören und -orchestern mitmachen. Solche Sachen werden massiv unterstützt. Ungefähr ein Prozent dieser 475 000 Franken geht dann noch an die übrige Jugendarbeit. Keine Unterstützung haben zum Beispiel Popkonzerte oder andere Anlässe dieser Art: Das Friedensfest, das ein Defizit aufwies, erhält kein Geld von der Stadt. Also immer wenn die Jugendlichen selbst etwas organisieren, bekommen sie nichts.

Gibt es ausser der Misere der zürcherischen Jugendpolitik noch andere Gründe für diesen plötzlichen Aufbruch?

Die Jugendlichen sind heute einem entpersönlichten System gegenübergestellt. Sie können kaum erkennen, was sie bedroht, unglücklich macht, verunsichert. Unsere Gesellschaft ist anonym und gewalttätig. Bei vielen ist die Aggression, die Gewalt, die kein Ziel mehr findet, gegen sich selbst gerichtet. Anpassung, Resignation, Depressionen und am Schluss die Drogen. Seit so etwas wie eine strukturierte Bewegung existiert, zum Beispiel «Rock als Revolte» – die Leute, die auch die teuren Konzerte sprengen –, entwickelte sich wieder ein Bewusstsein, im Sinn: «Wir haben unsere eigene Kultur.» Die Zürcher Jugend wird selbstbewusst, weiss wieder etwas mit ihrer Freizeit anzufangen, stellt Forderungen nach mehr Autonomie, Selbstbestimmung, nach Jugendtreffs usw.

Was beinhaltet denn diese Autonomie?

Autonomie heisst nicht Autarkie (Selbstversorgung). Ich meine damit, dass die Jugendlichen die zur Verfügung gestellte Infrastruktur selber verwalten sollten, soweit sie dazu imstande sind. Sie sollen auch darüber mitentscheiden können, wer ihnen dabei hilft, also bei

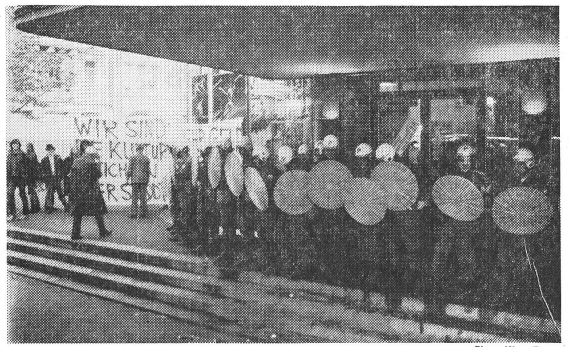


Photo Klaus Rozsa

Vor dem Zürcher Opernhaus trafen zwei grundverschiedene Kulturen aufeinander: eine ängstlich verteidigende und eine beängstigend aggressive, eine alte und eine junge Kultur eben. Sigi Widmer sagt in vornehmer Toleranz: «Ob Popkonzerte zur Kultur gehören, möchte ich bewusst offenlassen.» Und entscheidet faktisch, indem er ihre Subventionierung «für problematisch hält» (mit der Begründung, die Billette würden ja auch so – teuer – verkauft). Junge sagen da viel offener, wenn sie Opern einen Scheiss finden. Verhindern tun sie eine weitere 60-Millionen-Spritze aber damit nicht – und wenn sie sich mit Händen und Füssen wehren. In diesem ungleichen Machtkampf erstreckt sich elterliche Gewalt auch aufs öffentliche Leben, die Kultur.

Kein Wunder, wenn die Jungen die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ganz stark als Autoritätskonflikte erleben. (Dass Stapi Widmer und Emilie Lieberherr aus ihrer väterlichen bzw. bemutternden Rolle nie herausgekommen sind, sieht ausser Frage.) Kein Wunder auch, dass dieser Autoritätskonflikt nicht von selber verschwindet, wennesumdie politische Elternschaft einer solchen Bewegung geht. Nur noch die «NZZ» setzt in unerschütterlichem Glauben die Opernhaus-Demonstranten mit «linksextrimestischen Elementen» gleich. Etwas näher an der Sache wird's sehr viel komplizierter. Die Rechten, ja diemachensich's einfach, etablieren sich bei diesem Wutausbruch der Jungen einmal mehr als strenge bis nachsichtige Patriarchen.

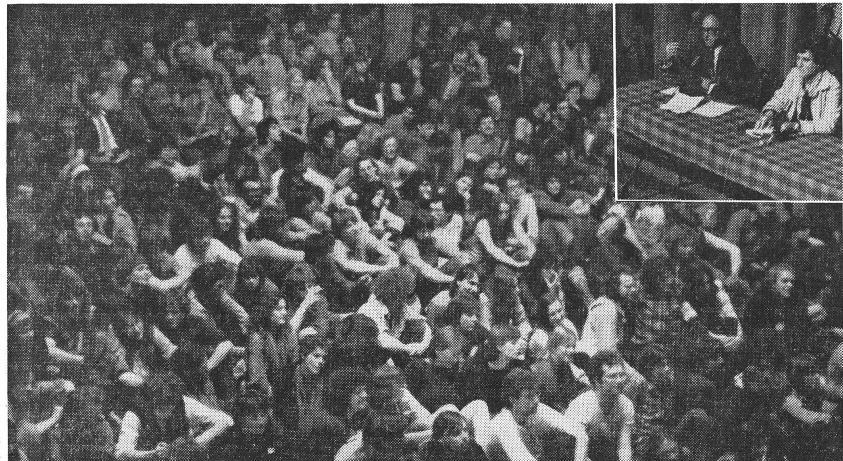
Die Linke, wohl besonders die neuere, freut sich zwar mit mehr oder weniger

Rebels with a cause

Verhalten über diesen Überraschungsangriff aufs Bürgerum. Aber in langjähriger geduldiger Politarbeit haben sich die meisten daran gewöhnt, mit der Vergangenheit und ganz besonders mit der Zukunft zu rechnen: Was ist eine Aktion ohne Perspektive? Lässt sich das «Führungsproblem» auf die Dauer umgehen? Wo sind kleine «historische Kompromisse» allenfalls angebracht? Wird man als «ungeordneter Haufen» vom «Gegner» überhaupt ernst genommen? Und was dergleichen Fragen mehr sind.

Doch hinter der ganzen Vernünftelei steckt doch wohl oft auch die Bange: auf einmal nicht mehr dazugehören zur Opposition, auch noch bei dieser Minderheit out zu sein. Die Angst, dass die ganze politische Arbeit umsonst war, wenn man sie jetzt nicht «voll einbringen» kann. Und wenn man das versucht, die Furcht davor, doch aufs falsche Ross gesetzt zu haben. Plötzlich ist die Bedrohung da: dass nicht nur das kaputtgemacht wird, was einen kaputmacht, sondern auch das, was man in gutem (linkem) Treu und Glauben aufgebaut hat. Vielleicht stürzt sich mancher in den Tumult rein, um ja nicht zum linken Etablissement gezählt zu werden. Bereit, dafür sein Linksein herzuzugeben, wenn's sein muss (die Etikette wenigstens). Nützt wohl alles nichts. Es gibt eine neue Generation mit eigenen Forderungen und Kämpfen. Und wir sind auf die eine oder andere Art gezwungen, die neuen Väter und Mütter. Liselotte Suter, Ruedi Küng

Schindlergut, wo Ansätze einer guten Jugendarbeit bestanden. Man engagierte keine Jugendarbeiter im eigentlichen Sinn, sondern stellte einer Wohngemeinschaft im selben Haus Räume zur Verfügung. Diese Leute hatten den Auftrag, den Jugendtreffpunkt zu ermöglichen. Aber schon bald begann die Hetze: Frau Lieberherr kam zu Ohren, dass Jugendliche schon dort übernachtet hatten, und der «Blick» machte eine grosse Story daraus. Mit Schlagwörtern wie «Konfliktjugendliche», «Kommune», «Anarchisten» kriminalisierte man diesen Versuch. Konsequenz: Die Leute wurden unter enormen Druck gesetzt, und das Schindlergut wurde geopfert. Dabei hatten die Jungen begonnen, selbständig Anlässe zu organisieren, zum Beispiel eine AKW-Woche, um sich im staatsbür-



Stadtpräsident Sigi Widmer an der Vollversammlung vom 4. Juni im Volkshaus: «Ich kämpfe seit Jahren für ein Jugendhaus!»

Sparen am falschen Ort

Im Gespräch mit René Nisbaumer, Adjunkt des Sozialamts der Stadt Zürich und Mitautor des neuen Zürcher Jugendkonzepts, erhielt «das Konzept» folgende Auskünfte:

● Die von Stadtpräsident Widmer am Fernsehen genannten Ausgaben von 10 Millionen Franken pro Jahr für die Zürcher Jugend sind schwierig nachzuprüfen. Als eindeutige Budgetposten erscheinen in der jährlichen Rechnung der Stadt zum Beispiel ein Betriebszuschuss von 3,5 Millionen an die Zürcher Freizeitanlagen; 875 000 Franken Betriebszuschuss an das Jugendhaus Drahtschmidli; 30 000 Franken für die Einrichtung von Jugendtreffs.

● Die Bezeichnung Betriebszuschuss könnte jedoch leicht irreführen, denn in der Praxis verbleiben von den 3,5 Millionen für die Freizeitanlagen nach Abzug der Personalkosten noch 200 000 Franken als eigentlicher Beitrag zur Finanzierung von Aktivitäten, von den 875 000 Franken ans Drahtschmidli nach Abzug von Personalkosten und Unterhalt gar nichts mehr.

● Bei grösseren Veranstaltungen, welche von Jugendlichen organisiert werden (zum Beispiel Jugendfestival, Friedensfest usw.), ist gemäss Stadtratsschluss gar keine Defizitgarantie möglich! Dagegen kann indirekte «Unterstützung» durch das Jugendamt oder das Sozialamt angeboten werden, etwa der Kinderhütendienst beim Jugendfestival Höggerberg...

● Falsche ist, dass nicht alle Jugendorganisationen die gleichen Möglichkeiten haben, zu Unterstützungsbeiträgen der Stadt zu kommen. Dies hängt damit zusammen, dass Jugendpolitik Teil und Ausdruck der gesamten Gesellschaftspolitik ist, und da herrscht im Gemeinderat ein Patt zwischen konservativen und massig fortschrittlichen Kräften.

zeit der Jugendlichen für Bildung auszunutzen. Es hiess nie, die wollen den Pausch haben, sich erholen, kreativ werden. Es war ein falsches pädagogisches Konzept. Heute heisst es, man dürfe die Jugendlichen nicht ghettoisieren, man müsse Freizeitzentren schaffen, in denen alle Platz hätten. Aber den Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren wurde nie Platz angeboten. Erst mit der Zeit konnte man in einigen Freizeitanlagen erreichen, dass ein Jugendarbeiter eingestellt wurde. Die haben nicht mitgekriegt, dass der Jugendliche in einem bestimmten Alter – auch vom entwicklungspsychologischen Aspekt her betrachtet – gar nicht die Möglichkeit hat, sich zusammen mit Erwachsenen und Kleinkindern in einem Freizeitzentrum zu treffen und für diese Leute etwas zu machen. Der Jugendliche braucht viel mehr eigenen Raum für seine Selbstfindung. Die Krise der Adoleszenz ist eine Selbstfindungskrise. Die Pro Juventute berücksichtigt das nicht. Dies ist a u c h ein Grund, dass es in der Stadt Zürich kein Jugendhaus gibt. Erst etwa 1975 begann die Pro Juventute zu akzeptieren, dass die Jugendlichen auch eigene Räume brauchen. Sie ist die Organisation, welche die schlechte Situation in Zürich auffangen könnte.

Was passiert denn mit den sechs weiteren Millionen?

Eine Million wird fürs Drahtschmidli ausgegeben. Der Rest geht an Jugendheime, an das Jugendsekretariat, an Kinderkrippen, die auch unter das Ressort Jugendarbeit fallen, und an bestimmte Kindergärten usw. Diese 10 Millionen werden also nicht nur für Jugendliche im Alter von etwa 12 bis 20 Jahren verwendet. Die können für Säuglinge sein, für Mutterberatung. Die direkten Kulturinvestitionen an Jugendliche belaufen sich

der Wahl des Ihnen zustehenden Sozialarbeiters.

Und wie stellst du dich als «Jugendarbeiter» vor?

Meine Arbeit mit den Jugendlichen ist für mich im weitesten Sinne «Kulturarbeit». Kultur ist nicht einfach gesellschaftliche Erfahrung, Tradition, das heisst etwas Lernbares. Kultur heisst: das Leben selber gestalten, die eigenen Bedürfnisse erkennen und diese auch ausdrücken, eigene Entwicklung erfahren und leben.

Die «herrschende» Jugendarbeit macht hier einen entscheidenden Fehler. Sie glaubt durch problemorientiertes Handeln den Jugendlichen helfen zu können, läuft aber dabei Gefahr, Vordergründiges zu sehen, statt Grundsätzliches zu erkennen, also Symptombehandlung zu betreiben. Sie legt fest, was die Probleme der Jugendlichen sind, ohne diese danach zu fragen. Hier wird deutlich, dass es eigentlich nicht ihre Aufgabe ist, die Probleme der Jugendlichen zu lösen, sondern die Probleme der Gesellschaft, die diese mit den Jugendlichen hat, in den Griff zu bekommen. Die übliche «Jugendbetreuung» gibt vor, den Jugendlichen vor der Gesellschaft zu schützen zu wollen, ihm den Übertritt in die Erwachsenenwelt zu erleichtern, und bemerkt nicht, dass sie die Gesellschaft vor den Jugendlichen «bewahrt», dass sie Anpassungsleistungen abverlangt, Autonomiebestrebungen unterdrückt und die Fähigkeit, über sich selbst bestimmen zu können, den Heranwachsenden abspricht. Dass die Jugendlichen durchaus ihre Bedürfnisse formulieren können, zeigt sich schon an der Vielfalt der Ideen, welche die Jugendlichen gerade in den letzten Tagen entwickelten und äussernten.

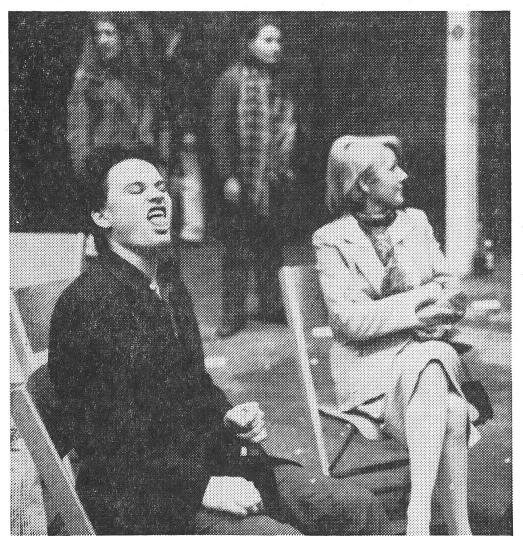


Photo Klaus Rozsa

Die Zürcher Jugend fordert:

1. Die vollständige Entwaffnung der unberechenbaren Polizeiorgane.
2. Für das unblutige Abhalten von Demonstrationen und Bürgerversammlungen ein der hiesigen Polizeiausrüstung angepasstes Schutzmaterial, oder...
- 2b. (als Ausweichvorschlag) Die sofortige Pensionierung und Aussendienststellung der unteren Polizeichefs sowie die unwiderrufliche Landesverweisung der hauptverantwortlichen Kader nach Moskau.
- Auf dem Terrain der alten und neuen Kultur:
3. Quartiereneigene Kleinerpnhäuser im Zusammenhang mit den für die Volkshygiene so dringlichen Kleintalhallen und anderen Bedürfnisanstalten.
4. Die Umwandlung sämtlicher Fabrik-, Bahnhof-, Turn- und Gemüsehallen in

- freie und friedliche Kulturzentren.
- Auf dem politischen Gebiet:
5. Die sofortige Evakuierung aller kulturell «kompetenten» Politiker in das Opernhaus zwecks Abhaltung von Neuwahlen unter ständigem Anhören von Opern- und Operettenmusik.
6. Auf Kosten der Stadtkasse ein Frischzellenverjüngungskur im Kurhaus «Jungfräulich» am Ägersee für die verdienstvolle Vorsteherin des Jugendamtes Emilie Lieberherr. Für unseren verdienstvollen Stadtpräsidenten Sigmund Widmer die sofortige Absolvierung eines Umschulungskurses zwecks Modernisierung des kulturellen Bewusstseins mit dem Thema «Neuere Tendenzen in der abendlichen Kultur» in der Migros-Klubschule.
- Unter dem Motto für eine neue Kultur:
7. Jede Fabrik eine Rote Fabrik!

* Öffentlich vorgebracht von der Umweltgruppe «Luft und Lärm» am Meeting vom 4. Juni im Zürcher Volkshaus, in Anwesenheit der Stadträte Bryner, Lieberherr und Widmer.

Zürcher Impressionen und Reflexionen nach dem ersten Juni-Wochenende

Die grosse Wut und ihre klammheimliche(n) Freu(n)de

Von O-the-Punk und Redshoe

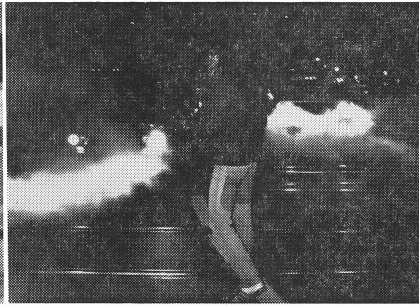
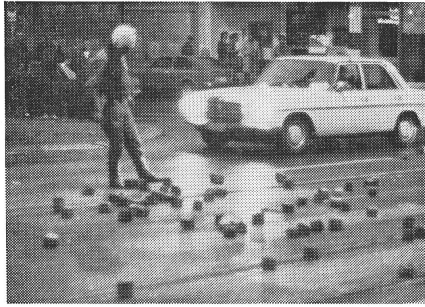
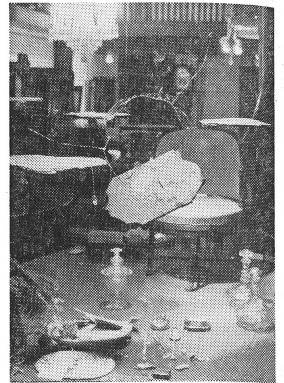


Photo Klaus Roesa

umfassend geäusserter Aggressivität, mit klaren Gefühlen und bemerkenswerter Widerspenstigkeit, ohne viel Worte oder gar «gesamtgemeinschaftlichen Perspektiven».

Nebst dieser Gruppe formierte sich an den Schauplätzen eine ungleich zahlreichere, heterogen zusammengesetzte Sympathisantenzone, die die Aktivisten praktisch, vor allem aber moralisch-atmosphärisch unterstützte und damit auch vor der Isolation bewahrte. Das gemeinsam lockere und offene Verhältnis zum Privateigentum und zur Gewalt bildete das verbindende Element, ermöglichte Solidarisierung konkret und im Moment, erlaubte heimliche und offene Freude, Gefühle der Anerkennung. Auffälliger und entscheidender Beitrag dieser sympathisierenden «Mehrheit» war, dass sie der bürgerlichen Rechtsordnung keinerlei Arbeit abzunehmen gewillt war, keine legalistischen Mahner und linken Ordnungsideologen ins Spiel brachte, die den Schwung der Aktivisten abgeblockt hätten. Das Neue: keine Spaltung zwischen den beiden Gruppen, sondern arbeitsteiliges Zusammengehen, fließende Grenzen. Wenn die einen taten, was sie fühlten, so dachten und empfanden die andern mit, was jene taten.



Das Bürgertum hat einen Sprung.

Gefühle:

Gegen Freitagabend um 24 Uhr entliess die Alltagswelt der Kinos, Tanzlokale, Kneipen oder Sitzungen ihre Insassen langsam auf die niederdörflichen Gassen. Beängstigend nahe schon winkte das Ende einer dieser untrüglich mittelmässigen und ordentlichen Tage, wie sie uns zuhauf zugemutet werden. Doch plötzlich kam Bewegung in die unbefriedigten Gemüter, als vereinzelt Tränengasschwaden vom Limmatquai her durch die engen Gassen hinaufkrochen. Man strömte hinunter, trat auf die Strasse, sah den Polizeiposten schwanken, das sonst so gut organisierte Chaos einer schlechten Ordnung wanken: nicht unter geistreichen Reden, politischen Resolutionen, Unterschriftenbergen oder artigen Demonstrationen, sondern unter spontanen Schlägen wütender und fröhlicher Jugendlicher.

ein nötiges, ersehntes und darum allein schon richtiges «Ereignis». Die Symbole der Ordnung mussten in diesen Tagen jedenfalls noch für weit mehr unbeglichene Rechnungen herhalten als nur für die alte Forderung nach einem eigenen Jugendzentrum.

Die Aktivisten und die Sympathisanten:

Als Motor und «gewaltfähiger Arm»

des neuen Jugendprotestes agierte eine eher kleine Gruppe entschlossener Macher grösstenteils jüngeren Alters. Keine Sprösslinge des Bildungsbürgertums, sondern mehrheitlich Stiffe und Gelegenheitsjober waren die Aktivisten, welche sich in organisatorisch nur sehr losen, dafür lebenspraktisch bedeutsamen Strukturen der Musik-, Kommunen- und Gassenjournalszenen zusammenfanden. Sie traten auf mit angstfrei, spontan und

übrigen taktisch gar nicht so unklug, da erstere möglicherweise auf der politischen Verhandlungsbühne das erlitten kann, was letztere auf der Gasse reifen lässt. Die gegenüber 1968 veränderten Haltungen, Verhaltensdispositionen und Lebensgefühle der Kerngruppe der Protestjugend dürfen aber nicht eingeengt werden:

● Dominierend sind, wie oben festgestellt, eher proletarische bzw. subproletarische Typen aus unteren Schichten, weniger Mittelschüler und Studenten aus dem Bürgertum. Die entsprechenden Verhaltenskonsequenzen (Härte, Gewaltfähigkeit, Widerspenstigkeit) sind augenscheinlich.

● Aktivisten und Sympathisanten unterscheiden sich auch hinsichtlich ihres Politikverständnisses grundsätzlich vom nachträglich stilisierten Prototyp der 68er Jugend. Politik ist nicht mehr nur vorwiegend Sache des Kopfes, der theoretisiert und analysiert, sondern ebenso des Bauches, der gleichfalls eine politische Sprache entwickelt. Nicht länger mehr muss die eigene Subjektivität hinter den «objektiven Notwendigkeiten des Klassenkampfes» zurücktreten, wie von allen Linksparteien, alten und neuen, durchexerziert. Gewalt ist kein vornehmlich theoretisches Problem mehr; am zerstörten AKW-Pavillon, an den klirrenden Schaufenster Scheiben der Nobelläden darf man sich, vom politisch-moralischen Über-Ich weniger zensuriert, offen freuen. Die Orientierung der ehemaligen Jugend- und Studentenbewegung an der Kritischen Theorie z. B. Marcuses brachte ja, bei aller Gesellschaftskritik, unbeabsichtigt auch ein Element der Integration in eben diese Gesellschaft mit sich. Der neue Jugendprotest ist insofern ideologisch ungeleitet, zugelloser; diffus ist er deswegen noch lange nicht: die Objekte der Aggression sind jedenfalls stimmig: Polizeistützpunkte, gestopfte Lokale, Nobelgeschäfte.

Keine Einschätzung

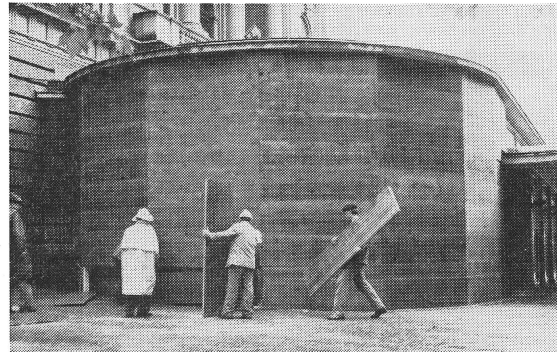
Dies will und kann keine Einschätzung des Phänomens in seiner realen Widersprüchlichkeit sein. Entgegen halblinker und linksliberaler Katastrophentimmen zeichnen sich jedenfalls Erfolge ab, so hinsichtlich Mobilisierung und Sammlung der Jugend oder einer objektiv besseren Verhandlungsposition in Sachen Stadtzürcher Jugendhaus. Von einer eigentlichen neuen Bewegung zu sprechen, erscheint noch verfrüht. Immerhin zeigen sich auch andernorts ähnliche Dispositionen bei den Jugendlichen, so etwa am 1. Mai in Holland bei der Thronerhebung der forschen Beatrix oder am 7. Mai in Bremen anlässlich der Nato-Jubelfeier.

Bewältigungsversuche der Krawalle durch die Politik

Presseschau:

Montags und dienstags die Stellungnahmen der Politiker, Parteien und Journale zu Gemüte geführt.

● FDP und SVP geben Mutmacher-Communiqués heraus, worin sie mit kriegerischen Sätzen ihre Erschrockenheit zu übertönen versuchen. Das schockierte Bürgertum fürchtet weitergehende Angriffe auf sein heiliges Privateigentum, so dass es die Polizei anfleht, mit «aller Härte und mit jedem als geboten erscheinenden Mittel» gegen die «Krawallbrüder» vorzugehen. Von den Forderungen der Jugendlichen natürlich kein einziger Ton. Hingegen sind Rechtsparteien und NZZ-Tante sofort mit der Drahtzieherthese zur Stelle, wonach die Gewalttaten «ihren Ursprung in der permanenten Hetze linker Politidemagogen haben» (SVP). Stadtpräsident Sigi Widmer, der seine hässliche Visage nicht mit Eiern bekleckert haben möchte, versteckt sich (mit den übrigen Stadträten) feige unter dem Rock der Knüppelpolizei, wagt die sogenannten «Spiel-



Unter dem Druck der Ereignisse wird die Opernhauskultur vorsorglich eingesargt.

regeln der Demokratie» nur in einem dünnen Communiqué, nicht aber auf der Strasse vor dem Volk zu verteidigen.

● Die mittleren Parteien LDU und EVP sind vor allem darauf bedacht, ihre richtige Vorstellung zu verdrängen, bei den Protestierern handle es sich um stadtzürcherische Jugendliche. So sind die Evangelischen überzeugt, dass «die Vandalen nicht identisch sind mit unserer Jugend», und der Landesring lehnt es ab, «die Jugend von Zürich mit diesem Böbelhaufen gleichzusetzen».

● Wieder anders verläuft der Bewältigungsversuch bei der parlamentarischen Linken, die allesamt die Zürcher Strassenoper säuberlich in gute und schlechte Teile zerlegen will. Am deutlichsten die SP, die «mit Befriedigung feststellt, dass auch die Polizei eine klare Trennung zwischen politischer Demonstration und Plünderungen gezogen hat.» Auch POCH und RML distanzieren «sich von den erfolgten Plünderungen», am schwächsten noch die PdA, welche die «Sachbeschädigungen an Gebäuden und Geschäften» bloss «nicht befürworten» will. Immerhin finden alle Linksparteien die Forderungen der Jugend berechtigt, desgleichen kritisieren sie die Kulturpolitik des Stadtrates. Besonders POCH und RML möchten die Ausschreitungen auf das «provokative Vorgehen der Polizei» zurückführen.

Reformlinke und der Aktivistenkern samt Sympathisantenkreis.

Mai 1980: Ein neuer Prototyp?

Die Reformer (Linke, «alte 68er», diverse «Sozialhelfer») haben flugs die bad guys von den good guys bzw. girls zu sondern versucht, aus letzteren eine «Bewegung» nach ihrem eigenen Bild, nach ihren nostalgischen Erinnerungen zu rechtgedacht. Anschliessend an die heiss-fröhlichen Nächte wurde sie am Sonntagabend und besonders am Dienstag der Öffentlichkeit in Form friedlicher Diskussionen und Umzüge vorgeführt, 68 hatte mit seinen Teach-ins, Sit-ins wiederzukehren, friedlich-gewaltlos, vor allem aber ohne diese grässlichen Plünderungsaktionen. Der Jugendprotest sollte in bekannte und damit weniger angsteinflössende Formen gebracht werden, damit er in einem geläufigen Schema bearbeitet und beeinflussbar werde.

Die Demonstrationen von Sonntag und Dienstag haben zwar diese legalistische Linie markiert, aber eben nur markiert; die zuvor sich manifestierende neue Qualität des Jugendprotestes ist damit nicht aus der Welt geschafft. Vielleicht ist die Dialektik einer legalistischen und einer aktionistischen Linie im



Plündern Sie!

Ihr Portemonnaie, Ihr Sparschweinchen, Ihr Bankkonto oder sonst etwas aber

abonnieren Sie das konzept

«das konzept», Jahresabonnement 20 Fr., Ausland 26 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.
Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
 Juli 80–Dezember 80 für 10 Fr. (Ausland 16 Fr.)
 Juli 80–Dezember 81 für 30 Fr. (Ausland 36 Fr.)
 Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)
 Geschenkabonnement (Name des Beschenkten) hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand

Name, Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ, Ort _____

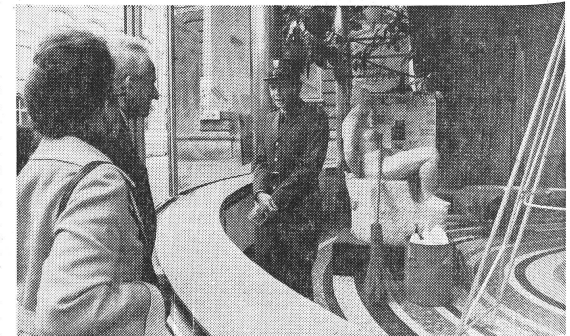
Beruf: _____ Datum: _____ dk 6/80

Talon einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Kommentar:

Doch wie ist das mit der säuberlichen Trennung? Offensichtlich lassen sich die Protestierer als handelnde Subjekte nicht aufteilen, sie haben zugleich politisch demonstriert und vandalisch gehandelt. Ihre Handlungen sind für sie Einheit; ein politischer Zugriff obiger Art muss ihre Motive verfehlen, sie bleiben folglich unverstanden. Der Bühnenauftritt der martialisch gerüsteten Polizisten bewirkte für die Jugendlichen nicht bloss den Affekt der Empörung, sondern klärte auch die Situation, indem der Gegner nun fassbar vor ihnen stand.

Insgesamt werden drei Welten sichtbar und zwei Abgründe, welche sie trennen: die entrüstet-verängstigte Bourgeoisie, die politisch-legalistisch verführende



Ein scheues Ja zum Opernhaus (53'000 : 45'000).